

SOZIAL

Zentral-Organ für die Interessen
der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Publikations-Organ des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Erscheint jede Woche Sonntags.
Einzel-Abonnement pro Quart. franco geg. franko 1,50 M.
Der Courier ist in die Postzeitungsliste eingetragen.

Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21.
Telephon: Amt IV, 950.
Geöffnet: 9-1 Uhr vorm., 8-7 Uhr nachm., Sonntags geschl.

Redaktionschluss
am Montag Abend vor Erscheinen des Blattes.
Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgeschickt.
Zuschriften und Reklamationen an die Schriftleitung.

Nr. 13.

Berlin, den 28. März 1909.

13. Jahrg.

Frühling.

Der Lenz bricht an! Ein tiefes Sehnen hebt
Durchs Herz der Welt. Die ersten Knospen springen,
Ein großes Hoffen und ein großes Ringen
Durchweht die Welt, die düstern Traum entstreift.

Aufblüht der Tag, und Trug um Trug verschweift.
Um Land und Meer hebt sich ein mächtig Klagen,
Es will ihr Osterlied die Menschheit singen. —
Der Haß verstummt und stirbt. Die Liebe lebt.

Noch liegt's wie Rief auf knospencelchen Zweigen;
Noch schreitet durch die Dämmerung stolz der Wahn;
Doch leuchtgleich bricht's aus des Winters Schweigen:

Am's große Werk! — Nun rührt Euch, Mann an Mann,
Laßt uns aus Nacht empork zum Lichte steigen.
Der Wahrheit Sturm erbraust! Der Lenz bricht an!

Schwarze Listen und Sperre.

Die „Soziale Praxis“, das Organ der Gesellschaft für soziale Reform, schreibt in einer Darstellung der Reichstagsverhandlungen über die schwarzen Listen der Bergwerksbetriebe, unter Bezugnahme auf die Ausführungen des Genossen Sacke: „Daß er die „Epidemie“ der schwarzen Listen durch Gesetz unterdrückt wissen wollte, während gleichzeitig das Recht der Arbeiter auf Sperrverhängung unangefastet bleiben soll, gehört zu den bekannsten Rechtswidersprüchen, die in der gewerkschaftlichen Agitation immer noch unterlaufen.“ Diese Auffassung der „Soz. Praxis“, an deren persönlicher Aufrichtigkeit wir gar nicht zweifeln, gibt Zeugnis von einer Unklarheit der Betrachtung, wie sie für einen erheblichen Teil der bürgerlichen Sozialpolitiker kennzeichnend ist. Sie sei daher hier kurz betrachtet.

Es ist gewiß ein Fortschritt gegenüber der in noch recht weiten bürgerlichen Kreisen landläufigen Ansicht von der Verwerflichkeit jeder Art Arbeiterbewegung und der Zulässigkeit aller Mittel, die zur Unterdrückung dieser, nach Herrn von Stumm aus der Hölle gekommenen Bewegung geeignet scheinen, wenn ein Teil besser unterrichtet und weniger materiell interessierter Sozialpolitiker wenigstens die formelle Gleichberechtigung der Arbeiterschaft und ihrer Organisationen mit den Verbänden des Unternehmertums anerkennt. Aber diese rein formelle Gleichsetzung von Dingen, die ihrem Wesen nach sehr von einander verschieden sind, vermag ihrer sachlichen Würdigung durchaus nicht zu genügen. So gewiß die Stellung der Arbeiter und der Zweck ihrer Organisation von Grund aus verschieden ist von denen der Arbeitgeber, so gewiß müssen auch die beiderseitigen Kampfmittel verschieden beurteilt werden. Die scheinbare Gleichheit wird hier zur Ungerechtigkeit.

Wenn Unternehmer und Arbeiter nur durch ihre Funktion im Betrieb von einander geschieden wären und im übrigen auf gleichem sozialem Boden ständen, dann wäre gegen die Gleichsetzung ihrer Organisationen und Organisationsmittel nichts einzuwenden. Tatsächlich aber liegt hier so große Verschiedenheiten, daß eine äußerliche Gleichsetzung zu größeren Rechtsverletzungen führen muß, als alle wirklichen oder vermeintlichen „Rechtswidersprüche“ der gewerkschaftlichen Agitation nur mit sich bringen können.

Die Unternehmer sind Herren der Produktion. Nicht durch ihre geschäftliche Tüchtigkeit, sondern durch ihre Herrschaft über die Arbeitsmittel, die eine wesentliche Voraussetzung produktiver Arbeit bilden. Der fleißigste und fähigste Unternehmer, der wirklich in seinem Betrieb arbeitet, steht in dieser Hinsicht nicht anders als die Attiengehalterschaft, bei der die Unternehmertätigkeit von Angestellten verrichtet wird und das Eigentumsrecht in den Händen der Kapitaleigner liegt, die als solche keinerlei Arbeit leisten und nichts sind als Mehrwertaneigiger. Diese Herrschaft über die Produktionsmittel bedeutet nun zugleich die Herrschaft

über die Arbeiter, die nur durch Zulassung zu den Betriebsrichtungen die Möglichkeit zu arbeiten erhalten. Sie müssen demgemäß eine Reihe von Bedingungen erfüllen, die ihnen für die Gelegenheit zum Arbeiten und Verdienen auferlegt werden und deren wichtigste die Abgabe von Mehrwert an den Unternehmer, die Einnahme eines Lohnes, der nur einen Teil des von ihnen erzeugten Arbeitsertrags ausmacht, darstellt. Diese letztere Bedingung ist der eigentliche Zweck der kapitalistischen Betriebsweise. Wo es keinen Profit zu erzielen gibt, hört das Interesse an der „vaterländischen Produktion“ sofort auf. Und auch die Vorschriften über Betriebsdisziplin u. dergl. dienen diesem Zweck. Ihm dient auch der Kampf gegen die Arbeiterorganisation, deren Aufgabe es ist, den Anteil der Arbeiter an ihrem Produkt zu vergrößern, mithin den Profitanteil des Kapitals zu vermindern.

Wenn die Arbeiter von dem Mittel des Streiks oder der Sperre Gebrauch machen, so wollen sie damit die Bedeutung der Arbeitskraft, deren Interesse sie vertreten, im Betriebe steigern. War vorher nur das Monopol der Kapitalistenklasse eine entscheidende Voraussetzung der Produktion, konnte der Kapitalist einseitig die Bedingungen der Zulassung zur Arbeit stellen, so ändert sich das mit dem Auftreten der Arbeiterorganisation, die eine neue Voraussetzung der Produktion in der Zustimmung der Arbeiter zu den ihnen gebotenen Arbeitsbedingungen einführt. Die Kampfmittel, die dabei angewandt werden, stehen in keinem Gegensatz zu dem dauernden Geschehen der Industrie, an dem die Arbeiter selbst mitinteressiert sind. Sie wollen ihrer Tätigkeit nur in einigen — relativ nicht einmal sehr wesentlichen — Punkten einen anderen Charakter verleihen, an Stelle der unbeschränkten Herrschaft des Kapitals die beschränkte setzen. Die völlige Ausschaltung des Unternehmers liegt außerhalb ihrer heutigen Aufgaben, wenigstens die Sozialisierung der Produktion das letzte Ziel auch der gewerkschaftlichen Organisation bilden muß. Und noch viel weiter liegt ihr der Vernichtungskampf gegen den einzelnen Kapitalisten. Am Anerkennung der Organisation als Vertreterin der Arbeiter im allgemeinen, um eine Reihe einzelner Forderungen im besonderen wird gekämpft. Mit dem Kampfe verschwinden auch die Kampfmittel.

Wie ganz anders die Aufgaben der mit dem Schwarzlistenwesen arbeitenden Unternehmerverbände und ihre Kampfmittel! Handelt es sich bei den Verbänden um eine der wichtigsten Kulturaufgaben: die Hebung des materiellen und sozialen Standes der breitesten Volksschichten, so bei den Unternehmern um rückwärtslose Steigerung des Profits ohne Beachtung nationaler oder moralischer Interessen. Man weiß ja, welche Wirkungen der ungehemmte Kapitalismus auf das Leben der Völker geübt hat und dort, wo er sich frei ausleben“ kann, noch immer übt. Mag deshalb für den Juristen die äußerliche Gleichheit der Form genügen, um die Gleichheit vor dem Gesetze zu formulieren — in der Praxis sind wir ja auch von dieser noch weit entfernt —, so muß doch der Sozialpolitiker zu einer recht verschiedenen Beurteilung der beiden Gebilde kommen. In diesem Sinne ist schon eine Aussperrung anders zu bewerten, als ein Streik oder eine Sperre. Bedeuten doch die letzteren nur, daß die Arbeiter sich der Verfügung der Unternehmer entziehen, um eine günstigere Gestaltung ihrer Arbeitsbedingungen zu erzielen; bei der Sperre aber entzieht das Kapital, kraft seiner Monopolstellung, an der es die Möglichkeit, von ihrer Arbeit zu leben. Wollten die Unternehmer sich darauf beschränken, als Kampfmittel zur Einstellung ihrer Arbeit zu greifen, so würde das weit weniger, unter Umständen gar nicht ins Gewicht fallen. So aber nutzen sie eine Machtstellung aus, um anderen den Lebensnerv der Arbeit abzuschneiden.

Aber mag das alles, als unzerrenlich vom Kapitalismus, der nun einmal herrscht, hingenommen werden, so stellt sich die Sache doch ganz anders noch bei den schwarzen Listen, die weder ein selbst vom kapitalistischen Standpunkt aus notwendiges noch ein mit den Forderungen der Menschlichkeit verträgliches Unterdrückungsmittel darstellen. Mag die Mitteilung der Ausständigen oder Ausgesperrten als lokale Folge der Unternehmersolidarität während der Dauer des Kampfes vom Standpunkt der herrschenden Gesellschaft aus zulässig erscheinen — obwohl die Aus-

nützung dieser Anzeigen als schwarzer Listen hier immer nahe liegt —, so wird es von jedem Gesichtspunkt aus unerträglich, sobald es sich darum handelt, Menschen wegen wirklicher, vermeintlicher oder erlogener Verfehlungen die Daseinsmöglichkeit für Zeit oder gar dauernd zu entziehen. Und am schlimmsten dann, wenn das „Vergehen“ des Gefangenennetzten nur im „Sehen und Wühlen“, d. h. in der energischen Wahrnehmung der Arbeiterinteressen im Gewerbe, bestanden hat. Dann wird die schwarze Liste zu einem Attentat nicht nur auf die Gewerbe-, sondern auch auf Vereins- und Koalitionsfreiheit des Arbeiters.

Und die ganze Wesenheit beider Kampfmittel: der Sperre und der schwarzen Listen, sind grundverschieden. Erstere ist ihrem Wesen nach vorübergehend, endet mit der Beilegung des speziellen Streites. Ihr Zweck ist die Ueberwindung des Unternehmers, nicht sein Ruin. Sie wird öffentlich verhängt und steht damit unter der Kontrolle der Gesamtarbeiterschaft, die einen Mißbrauch zu rein persönlichen Zwecken nicht zuläßt, und der gesamten öffentlichen Meinung, die an sich nicht auf dem Arbeiterstandpunkte zu stehen pflegt, und deren Stellung für die Kämpfe der Arbeiter sehr wichtig ist. Die schwarze Liste aber schleicht im Dunkeln. Keine Kontrolle, keine Möglichkeit der Rechtfertigung! Freieste Bahn für die täuschende private Rache. Dazu geht die schwarze Liste ihrem ganzen Wesen nach dahin, den in ihr Verurteilten völlig zu ruinieren, ihn zur Auswanderung, zum Verbrechen, zum Selbstmord zu treiben. Das sind doch Unterschiede, groß genug, um eine verschiedene Behandlung der beiden Kampfmittel zu rechtfertigen.

Wir können nicht erwarten, daß unter der Herrschaft des Kapitalismus einer unabhängigen Arbeiterbewegung, die notwendig antikapitalistisch ist, von Gesetzeswegen freie Bahn geschaffen werde. Aber das kann auch der Klassenstaat leisten, daß die Kämpfe von den feindlichen Heeren nicht mit vergifteten und ohne Not zerstörenden Geschossen geführt, daß sie von den Kämpfern, nicht von den Hyänen des Schlachtfeldes, mit den Praktiken des Mordmordes geführt werden. Und das sollte auch eine Vertreterin der fortschrittlichen bürgerlichen Reform, wie die „Soziale Praxis“, anerkennen, ohne durch Herbeiführung von „Rechtswidersprüchen“ die Klärung der Frage zu verhindern.

Zur Lohnbewegung der Last- und Speditionskutscher in Dresden.

Wohl keiner unserer Kollegen im Fuhrgewerbe hätte geglaubt, daß die Lohnkommission und die Verkehrsleitung in ihrem Bestreben, einen neuen Tarifvertrag zustande zu bringen, soviel Mühe haben würden.

Der alte Tarif war unter äußerst ungünstigen Verhältnissen abgeschlossen worden. Die Organisation war vor drei Jahren noch jung, kaum ein Drittel der Kollegen überhaupt organisiert und noch wenig von Solidarität und Selbstbewußtsein erfüllt. Die Lohnsätze waren niedrige, dazu überlange Arbeitszeit und schlechte Behandlung. Es galt damals vor allen Dingen eine feste Grundlage zu schaffen, auf der man weiter bauen konnte.

Der Anfangslohn wurde auf 20 M., der Höchstlohn auf 22 M. festgelegt bei einer vierzehnstündigen Arbeitszeit. Das entsprach einem Stundenlohn von 22-25 Pfennigen! Diese Bestimmungen wurden, mit Ausnahme einzelner Firmen, korrekt innegehalten. Unsere Kollegen Kutscher hatten bei der kolossalen Steigerung der Preise aller Bedarfsartikel und der Lebensmittel schwer zu kämpfen.

Firmen, die nicht der Innung angehörten, hatten längst dem Drängen der Kutscher nachgegeben und höhere Löhne bewilligen müssen. Die Kollegen in den Innungsbetrieben hatten die Zeit gut benutzt und ihre Organisation ausgebaut und gekräftigt. Die wirtschaftliche Lage der Kollegen wurde immer schlechter, so daß es gar nicht überraschen konnte, daß in einer stark besuchten Versammlung die Kündigung des Tarifs beschlossen wurde.

Vertrauensleute, Lohnkommission und Verkehrsleitung arbeiteten einen Tarif aus, der auch von den Kollegen angenommen und dann den Unternehmern unterbreitet wurde.

25 Mark Einheitslohn, 13 stündige Arbeitszeit, Regelung der Sonntagsarbeit und Sommerurlaub waren die Hauptforderungen.

Die Fuhrherren-Zunft erklärte sich zwar bereit, zu verhandeln, aber auf anderer Basis. Sie machten nur ganz minimale Zugeständnisse, die in einer Mark Zulage pro Woche und einigen geringfügigen Erhöhungen einzelner Positionen bestanden.

Das war das Ergebnis einer sechsstündigen Verhandlung. Dieser Entwurf wurde den Kollegen vorgelegt, aber einstimmig abgelehnt. Die Verhandlungsleitung wurde beauftragt, nochmals zu verhandeln und vor allem den Staffellohn zu bessern.

Die Zunft lehnte es leider ab, in nochmalige Verhandlungen einzutreten. Sie will auf keinen Fall über die vorgeschlagenen Lohnsätze, die für unsere Kollegen unannehmbar sind, hinausgehen.

Fünf zum Teil überfüllte Versammlungen beschäftigten sich nun nochmals mit dieser Angelegenheit und erklärten durch Annahme von Resolutionen, daß sie volles Vertrauen in die Verhandlungsleitung und Lohnkommission setzen, die Interessen der Kollegen wirksam zu vertreten und Mittel und Wege zu finden, damit auch in Dresden andere Verhältnisse Platz greifen.

Auch unsere Kollegen haben Anrecht auf einen ausreichenden Lohn und auf eine Arbeitszeit, die sie über das Tier erhebt.

Sollten die Kollegen, was sie in den Versammlungen zum Ausdruck brachten, daß sie gegen jeden Versuch, ohne Mitwirkung der Verhandlungsleitung in einzelnen Betrieben abzuschließen, energisch Front machen, werden es sich die Unternehmer wohl überlegen, ob es nicht besser ist, auf friedlichem Wege eine Regelung zu versuchen, als Zustände einreihen zu lassen, die eine schwere Schädigung beider Teile bedeuten würden.

Wenn die Kollegen diese Zeilen lesen, ist vielleicht schon die Lösung des Konflikts gefunden, hoffen wir im Interesse unserer Kollegen eine recht gute.

Die wirtschaftliche Lage der Möbeltransportarbeiter Magdeburgs.

Im Jahre 1906 gelegentlich des Rutscherstreiks gelang es durch das einmütige Zusammenhalten aller Möbeltransportarbeiter, Packer, Arbeiter und Kutscher, sich annehmbare Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschaffen. Der Streik der Möbeltransportarbeiter endete damals mit einem vollen Erfolge.

zählten Kneipen zur Auszahlung bringt und so den einzelnen Arbeiter zwingt, von seinen sauer verdienten Groschen einen Teil davon nicht in seinem Interesse zu verzehren. Es ist wiederholt vorgekommen, daß Kollegen von nachmittags 4 bis abends 9 Uhr auf ihre paar Bimperlänge in den Kneipen warten mußten.

Schutz vor der Polizei.

Ein Zusammenstoß mit Schulheuten hat den Rutscher Grelack auf die Anklagebank gebracht. Nach der Anklageschrift soll er sich schuldig gemacht haben einer Uebertretung der Straßenpolizeiverordnung, des ruhestörenden Lärms, der Beamteneileidigung und des Widerstandes gegen die Staatsgewalt.

festzuhalten, so würde er gerade veranlassen, daß das Fuhrwerk längere Zeit unbeaufsichtigt auf der Straße stehe, was doch der Schutzmann verhindern sollte.

Anders urteilte dagegen gestern die von der Staatsanwaltschaft angerufene Berufungsinstanz (6. Strafkammer des Landgericht I). Mehrere Zeugen, die in der ersten Instanz ganz bestimmte Angaben zur Entlassung des Angeklagten gemacht hatten, konnten sich der wesentlichsten Vorgänge jetzt nicht mehr erinnern, oder doch nichts sicheres mehr sagen.

Die Arbeiterlöhne in den einzelnen Berufszweigen.

Wie die Geschäftsergebnisse der Krankentassen und Invalidenversicherungsanstalten sind auch diejenigen der Unfallberufsgenossenschaften wiederholt zur Ausstellung von Lohnskizzen herangezogen worden.

Bladnoch und Biglownshire: Mollereien; Stirling und Dunfermline: Sodawasser- und Limonadenfabriken;

Schiedhall: eine ganze Kolonie von Betrieben. Ueberdies besitzt die schottische Großeinkaufsgesellschaft Agenturen, Warenhäuser und Depots, Niederlagen und Magazine, Lager und Speicher sowie Verwaltungsgebäude in Glasgow (drei große palastartige Gebäude), in Leith, Kilmarnock, Emskäillen (Irland) und Edinburgh, wo Vorräte von Waren aller Art in riesigen Mengen angesammelt sind.

Die Fabrikanlage von Schiedhall. Die großartigste Anlage ist die von Schiedhall bei Glasgow. Dort werden fabrikmäßig erzeugt: Schuhe und Kleider, Hüte und Schirme, Möbel und Zeitzeug, Wärfeln und Bimfel, Obstkonerven und Zuckerwert, Tabak und Zigarren, Wirtwaren und Zinngeräte, Kaffee-Essen, Sirup und Drogen (Gewürze, Spezereien); ferner befindet sich dort eine Gerberei, eine Reparaturwerkstätte und eine große Druckerei nebst Lithographie usw.

Auch hier ist schon alles zu Klein, zu beengt, so daß Neu- und Zubauten errichtet werden müssen. Dieser immerwährende Ausdehnungsdrang der Genossenschaftsbetriebe kennzeichnet sie, denn er beweist das anhaltende Steigen der Nachfrage nach den Erzeugnissen der Genossenschaftswerke und ist ein schlagernder Beweis für ihre hochqualifizierten Leistungen. Heute schon kann man ruhig behaupten, daß die schottischen wie auch die englischen Genossenschaftsfabriken mit der Privatindustrie den Konkurrenzkampf in vielen Artikeln erfolgreich aufnehmen können, in manchen Artikeln überhaupt jeden Wettbewerb schlagen, so muster-gültig, so unübertrefflich sind ihre Produkte! Wenn man in Oesterreich die armseligen Kleinmeister und Handwerker durch die genossenschaftlichen Betriebe in Angst versetzt sieht, so beklagen sich in England die Fabrikanten über die Konkurrenz der Genossenschaftsbetriebe. Der englische Fabrikant und Großhändler ist natürlich kein solcher Jammerbursche wie der Gewerbe-treibende und Kaufmann bei uns, er schreiet nicht nach der Staatsgewalt, sondern nimmt den Konkurrenzkampf zur Abwehr mutig auf.

Jeder sucht sich in England selbst zu helfen, ohne die Polizei gegen seinen Nebenmenschen zu mobilisieren. Mit der englischen Methode hat man mehr Erfolg als mit Befähigungsnachweis, Gewerbebeschränkung, Subventionkorruption und bergleichen Saboterien. Der Arbeiter Großbritanniens kann genossenschaftlich produzieren und verkaufen, was er will und an wen er will. Niemand beschränkt ihn durch Gesetze oder sonstige Vorschriften.

Der englisch-schottische Arbeiter, der sich genossenschaftlich organisiert hat, der seine Konsumkraft in den Dienst seines eigenen Vorteils und die Produktion in den Dienst seiner Konsumkraft gestellt hat, liefert nur gute Werte; er würde sich ja nur selbst betrügen, wollte er anders handeln. Nicht billig und schlecht, sondern billig und gut — das ist seine Devise. Da mit er sicher geht, verzichtet er auf die Dienste der wucherischen Zwischenhändler und der privaten Blusmacher, die ihre vielen Prozentpunkte aus den Taschen der gedankenlosen Konsumentenmasse ziehen.

Ein Schloß für Proletarier!

Ungefähr zwei Stunden von Glasgow liegt ein Schloß, ein im gotischen Stil erbautes prächtiges Schloß, mitten in einem herrlichen Park, durch den 25 Kilometer Wege führen. Dieses Schloß gehört der schottischen Genossenschaft. Die schottische Großeinkaufsgesellschaft hat sich ein Schloß gekauft! Warum sollen Proletarier kein Schloß besitzen? Wenn schon ein einzelner es nicht allein besitzen und besitzen kann; warum nicht mehrere — einige tausend — zusammen? Der Park mit den schattigen Bäumen und dem rauschenden Wasserfall — wie läßt sich da träumen! Auf dem schwellenden, fastig artigen Rasen — wie können da die Kinder tollen! Schaukel und Turngeräte locken zur Lust! Nicht weit davon bietet man Erfrischungen — keinen Alkohol! — nur Milch, Limonade, Butter, Obst, Obst aus den eigenen Treibhaufern; Trauben und Himbeeren, Birnen und Äpfel. Auch viel Tomaten werden gezo-gen und Blumen ge-züchtet, weil der schottische Genossenschaftler (so wie der englische) seine Wohnung mit Blumen zu schmücken liebt. Dem gleichen Zwecke dienen die Samenhäuser. Kurz, eine Gärtnerei im großen Stil, die einen Teil des Bedarfs an Obst und Gemüse deckt, ist da ange-legt. Man findet auch Kammern und Stallungen und anderes, was zu einem Landhau eines Lords gehört. Auch eine große Halle ist da für die Auszügler, wenn Regenwetter den Aufenthalt im Freien unmöglich macht.

Die schottischen Genossenschaftler sind praktische Geschäftsleute; so haben sie in den Zimmern und Sälen des Erdgeschosses eine permanente Ausstellung ihrer Waren aus den Betrieben der Eigenproduktion arrangiert; wo früher der Lord seine Willardlugeln ließ, drängt sich jetzt an schönen Sonntagen eine fröhliche Menge, um die Erzeugnisse der Genossenschaftsfabriken zu bewundern. Ist das nicht eine überaus zweckmäßige Verwendung des Schloßes? Die schottische Großein-kaufsgesellschaft kann es sich leisten und findet ihre Rechnung dabei. Wäre es nicht der Fall, der par-saine Schotte würde nicht einen Penny daran wenden. Er aber weiß, was er tut; denn er kann gut rechnen, jedenfalls besser als der Deutsche, der sein mühsam erarbeitetes Geld kapitalistischen Wucherern in den Schoß wirft.

Die schottischen Genossenschaften beschäftigen stän-dig 400 Bauarbeiter; sie betreiben ein Kohlenbergwerk und einen Steinbruch. Sie haben einen Umsatz von 180 Millionen Kronen, einen Nettogewinn von fast 18 Millionen Kronen. Sie beschäftigen mehr als 7000 (ihre englische Schwester-gesellschaft sogar 17 000) Be-dante und Arbeiter. Wir müßten schier endlose Bäl-len-schollen aneinanderreihen, insbesondere wenn wir auch

noch die den Großeinkaufsgesellschaften angeschlossenen Konsumvereine und Produktionsgenossenschaften mit ihren Umsätzen und Produktionswerten berücksichtigen wollten!

Nur eine Frage noch: Woher kommt das Ver-mögen, kommt der Reichtum der britischen Genossen-schaften? Von den Mitgliedern, die mit unverbrüch-licher Treue an ihren Vereinen hängen, ihnen ihre Ersparnisse, die sie durch die wirtschaftliche Assoziation erzielen, in echt genossenschaftlicher Treue zur Verfü-gung stellen und sie so in den Stand setzen, mit eigenem Kapital zu arbeiten.

Die Kapitalien der Großeinkaufsgesellschaften.

Die englische Großeinkaufsgesellschaft verfügte Ende Dezember 1907 über

Eingezahlte Geschäftsanteile	36 900 525 Kronen
Darlehen und Depositen	71 425 325 "
Reservekapitalien	10 420 800 "
Berücksichtigungsfonds	16 034 375 "
Zusammen:	134 781 025 Kronen

Dieses Kapital ist teils flüssig, teils investiert in den großen Fabrikanlagen, den Maschinen und Wert-zeugen der Eisenbetriebe, in Grundbesitzstücken, Schiffen und Bahnanlagen mit Lokomotive und rollendem Ma-terial. . . Käme da einer unserer patentierten Klein-gewerbetreiber nach England, würden ihm die Augen übergehen.

Die schottische Großeinkaufsgesellschaft ist zwar kleiner als die englische, aber noch immer ein recht stattliches Unternehmen. Sie arbeitete im Jahre 1907 mit Geschäftsanteilen von 9 756 900 Kronen und Ein-lagen von 64 989 475 Kronen. Der Ueberschuß der Aktiven über die Passiven betrug 12 854 025 Kronen, also ein Geschäft, das sich gleichfalls sehen lassen kann und dessen Reichtum ebenso wie jener der englischen Gesellschaft der innigen Verbindung von Handel und Produktion entspringt, die beide dem Konsum dienst-bar gemacht wurden.

Aus unserem Beruf.

Automobilführer.

Automobilstatistik für 1908. Die am 1. Januar vorgenommene Zählung von Kraftwagen im Deutschen Reich ergab dem letztverhandelten Vierteljahrshaupt zur Statistik des Deutschen Reiches zufolge einen Bestand von 41 727 Kraftwagen (gegen 36 022 am 1. Januar 1908), von denen 39 475 — 94,3 pEt. der Personen-beförderung, 2252 — 5,4 pEt. der Lastenbeförderung dienen. Unter den Personenzugmaschinen befanden sich 20 928 — 53 pEt. Krafttraber, unter den Lastfahrzeu-gen dagegen nur 248 — 11 pEt. Von den der Personen-beförderung dienenden Fahrzeugen fanden 1 pEt. vor-zugsweise Verwendung im Dienste öffentlicher Behör-den, 5,9 pEt. im öffentlichen Fuhrverkehr (Droschken, Omnibusse usw.) 40,8 pEt. für Handels- und Gewerbe-betriebe, 1,1 pEt. für land- und forstwirtschaftliche Betriebe, 11,8 pEt. für andere Berufszwecke (Arzte usw.) und 39,4 pEt. für Vergnügungs- und Sport-zwecke.

Die Automobil-Unfallstatistik weist für das Jahr vom 1. Oktober 1907 bis 30. September 1908 5969 beim Verkehr mit Kraftfahrzeugen vorgekommene schädigende Ereignisse nach, gegenüber 4864 im Jahre vorher. Es hat sonach eine Steigerung der Unfälle um 4,6 pEt. stattgefunden, was aber angesichts der Vermehrung der Fahrzeuge selbst um 15,8 pEt. einen relativ geringen Rückgang bedeutet. Von diesen Unfällen töteten 92,5 pEt. auf den Verkehr mit Personen- und 6,7 pEt. auf den mit Lastfahrzeugen, während 0,8 pEt. unermittelt blieben. Bei den Unfällen wurden 2630 Personen (2419 im Vorjahre) verletzt und 141 (145) getötet. Von den Getöteten waren 12 Führer, 22 In-sassen der Kraftfahrzeuge und 107 dritte Personen. Außerdem wurde ein Sachschaden von 811 563 Mt. (880 751 Mt.) verursacht. Im Durchschnitt kamen auf je 100 Kraftfahrzeuge für den Personerverkehr 11,9 und für den Lastverkehr 15,1 Unfälle. Daran waren die Krafttraber im Personerverkehr nur mit 1,2, im Lastverkehr dagegen mit 25 Unfällen pro 100 beteiligt. Die relativ meisten Unfälle — 11,8 auf 100 Wagen — hatten die Kraftwagen im öffentlichen Fuhrverkehr zu verzeichnen; dann kommen mit 18,6 Unfällen die im Dienste öffentlicher Behörden stehenden, mit 15,1 die Vergnügungs- und Sportzwecken dienenden und mit 7,8 Unfällen die für Handels- und Gewerbe-zwecken benutzten Kraftwagen.

Diese Statistik zeigt, wie gänzlich überflüssig das neue Automobilhaftpflichtgesetz ist. Noch bestünde sich der Autoverkehr in voller Entwicklung und schon ist ein relativ hoher Prozentsatz der Unfallschäden zu ver-zichnen. Man fördere diese Gefährdung durch zweck-mäßige Ausbildung der Automobilführer und durch Er-laubnis vernünftiger Straßenverordnungen, Sorge für Aufklärung des Publikums und der Automobilführer wird auf ein Minimum zusammenschrumpfen.

Wenn heute der öffentliche Fuhrverkehr mit Kraftwagen noch die Höchstziffer der Unfälle zu ver-zichnen hat, so ist dies bei der Heftigkeit dieses Ver-kehrsmittels ganz begründet. Nach einiger Zeit wird sich das Publikum an den Kraftwagenverkehr genau so wie seinerzeit an die größere Schnelligkeit der elektrischen Straßenbahnen gewöhnt haben und die Unfallsziffern werden dann von selbst erheblich fallen. Wo wozu noch ein Ausnahme-gesetz gegen die Auto-mobilführer?

Droschkenführer.

Hamburg II. Genossenschaftliche Mitglieder. Ver-sammlung am Donnerstag den 11. März. Vor Ein-tritt in die Tagesordnung wurde die Zusammen-setzung der Ortsverwaltung bekannt gegeben. Die Wahlen sind besetzt wie folgt: Bevollmächtigte Albrecht

und Beder, Rastlerer Warte und Lautz, Schriftführer Born und Stahmer, Betsende: Verward, Böb und Leineweber.

Bei Ausstellung der Kandidatenliste zur 6. Ver-bandsgeneralversammlung in München, welche für die Hamburger Kollegen mit Hin- und Rückfahrt 9 Tage in Anspruch nehmen wird, ist St. der Mei-nung, daß nur Kollegen aufgestellt werden sollen, die auch die nötige Zeit und das Interesse dazu haben. S. schlägt vor, keinen Beamten Kandidieren zu lassen, da derselbe doch nicht abkommen könne. A. will die Angestellten nicht als Mitglieder zweiter Klasse be-trachtet wissen. Nach eingehender Diskussion werden als Kandidaten aufgestellt: Albrecht, Böb, Born, Jvo, Röntner, Leineweber und Eilben. Die Wahl soll am 8. April stattfinden.

Zum Verbandstag wird beantragt zu Punkt 1d: „Am Kopfe des „Courier“ ist eine ständige Rubrik einzurichten, in welcher darauf hingewiesen wird, für welche Wochen die Beiträge zu zahlen sind. Des-gleichen in dieser Rubrik darauf hinzuweisen, daß mit Ablauf der 13. Restwoche die Mitgliedschaft erlischt.“

Zum Punkt Sommervergnügen wird nach rege-r Debatten und Ablehnung eines Verlagsantrages be-schlossen, eine Eisenbahntour zu arrangieren und wer-den hierzu die Lokale Peters in Altkloster und Jansen in Schmälensbed in Aussicht genommen. Die endgültige Auswahl soll in einer späteren Versammlung stattfinden.

Beim Streit bei der Firma J. Meyer in Ottersen hat das Mitglied E. Meyer als Arbeitswilliger sum-giert, es wird einstimmig beschlossen, bei dem Haupt-vorstand den Ausschluß des M. zu beantragen. Meyer wird beschuldigt, sich beim Kostümfest höchst unständ-ig betragen zu haben. Eine aus drei Personen be-stehende Kommission soll den Fall untersuchen und der nächsten Versammlung Bericht erstatten.

H. (Chauffeur) ersucht die Kollegen, sich etwas mehr an die Straßenordnung zu halten, denn dadurch, daß einige Kutscher anscheinend aus Schilane den Autos nicht Platz geben zum Vorbeifahren, wird die Agitation unter den Privatchauffeuren nicht gebessert.

S. fordert ein scharfes Vorgehen gegen die Kol-legen, welche — in ihrer Eigenschaft als ehemalige Entlasteter — noch Verpflichtungen an den Verband haben. Dieselben sollten eventuell ausgeschlossen werden.

Ein Antrag, bei der Behörde vorstellig zu wer-den wegen des „Anziehens“ auf Posten „Hamburger Hof“ wird angenommen und erfolgte nach Erledigung einiger Internas Schluß der Versammlung.

Sandelsarbeiter.

Die Weihnachtsgratifikation ist ein Mittelbina-zwischen Arbeitslohn und Geschenk, bietet daher der rechtlichen Beurteilung manche Schwierigkeit. So fehlt es auch nicht an Gerichtsentscheidungen, die einander in diesem Punkte völlig widersprechen. So betrachtet die Kammer 4 des Obergerichts Berlin sogar die ausdrückliche Zusicherung einer Gratifikation, obwohl es sich dabei um die Vergütung bestimmter Ueber-arbeiten handelte, als nur moralisch, nicht aber recht-lich bindende Verpflichtung („Rechts-Abblatt“ 1908, S. 1117); eine unverständliche, zweifelhafte und inkon-sistente Auffassung. Es ist unerfindlich, wie ein bestimmtes Versprechen in diesem Falle weniger wirksam sein sollte als sonst. Und wenn ein bedingtes Versprechen gegeben ist, so gilt im Falle der Erfüllung der Be-dingung (z. B. treuer Arbeit) dasselbe. Wie aber, wenn kein bestimmtes Versprechen, sondern nur die allgemeine Aussicht auf Gratifikation vorliegt?

Nach einer Entscheidung der Kammer 1 des Kauf-mannsgerichts Berlin (H.-Abt. VI. 1907, S. 78) be-steht dann kein Rechtsanspruch. „Daß Wesen einer Weihnachtsgratifikation ist das einer freiwilligen Zu-wendung, deren Bewilligung überhaupt und deren Festsetzung bezüglich der Höhe vom Bestehen des Ge-bührens abhängt, sofern nicht eine andere Abrede ge-troffen ist.“ Selbst die jahrelange Gewährung einer Gratifikation in bestimmter Höhe schaffe noch kein Recht. Deshalb wurde der Anspruch auf Zahlung eines ent-sprechenden Anteils der Gratifikation an den während des Jahres ausgetretenen Angestellten abgewiesen. Ebenso hat das Kaufm.-Gericht Danzig den Anspruch auf Gewährung einer Gratifikation in der Höhe der bisher gezahlten abgelehnt, nachdem infolge Konturzes eine geringere Gratifikation gewährt worden war. Es ging dabei von dem Grund aus, daß die Weih-nachtsgratifikation eine freiwillige Leistung des Prin-zipals an seinen Gehilfen ist. Nur, wenn vertrag-lich eine Gratifikation von bestimmter Höhe beim Ein-gang bedingungslos fest zugesichert wird, sei ein Klageanspruch gegeben. (Das Gewerbe- und Kauf-mannsgericht, 1908, Sp. 406.)

Eine modernere Auffassung der Sachlage finden wir in einer Entscheidung des R.-G. Hamburg (Gew. u. Kaufm.-Ger. 1908/09, Sp. 153). Hier wird, im Einverständnis mit der Rechtsprechung des dortigen Obergerichts und mit der Auffassung Staub's, des führenden Kommentators des Handlungsbuch's, betont, daß eine in Aussicht gestellte Gratifikation, die bei der Vereinarbeitung des Gehalts mit in Rücksicht ge-zogen war, als klagbarer Bestandteil des Gehalts an-zusehen und gegebenenfalls auch im Laufe des Jahres zum entsprechenden Teile auszuzahlen sei.

Noch klarer ist die Sachlage, wo es sich nicht um Sandlungsgebühren und um Anerkennung des Wohl-verhaltens handelt, sondern um Hausdiener und ähn-liche Arbeiter und um Vergütung bestimmter Ueber-zeitarbeit. So hat die Kammer 7 des Obergerichts Berlin es ausgesprochen, daß die Weihnachtsgel-dente in solchen Fällen, in Wahrheit schon nicht mehr das sind, als was sie bezeichnet werden, liberale Zumen-dungen des Gehalts an den Angestellten, sondern eine Art Entschädigung für die im Jahre geleistete Ueber-arbeit.“ Darum wurde auch „mit Stimmenmehrheit“,

also wohl gegen die Stimmen der Prinzipals-Besitzer, dem im Mai ausgetriebenen Hausbesitzer der betreffende Teil der Gratifikation zuerkannt. Hier gilt es einfach, das Maß der Ueberarbeit nach Möglichkeit zu ermitteln und den entsprechenden Lohnsatz zu bestimmen. So erhöhte die Kammer 4 des Gewerbegerichts Berlin unter Annahme einer Ueberzeit von 90-100 Stunden die von dem Unternehmer gezahlte „Gratifikation“ von 15 auf 28 Mk.; ein für Berliner Verhältnisse und einen Wochenlohn des Klägers von 25,50 Mk. immer noch sehr geringer Satz von 30 Pf. auf die Stunde. In solchen Fällen ist die „geschenktweise“ Zahlung eines reichlich verdienten Arbeitslohnes nur ein Mißbrauch, der je eher, umso besser durch die ordnungsmäßige Lohnzahlung mit Ueberstundenzuschlag ersetzt werden sollte. Daher ist auch gegen die im H.-Arb.-Bl. 1906, S. 1168 mitgeteilte Entscheidung des Gewerbegerichts Berlin, Kammer 2, die wegen erfolgter Ueberstundenzahlung den Anspruch auf Weitergewährung der bis dahin bezahlten Weihnachtsgratifikation abwies, nichts einzuwenden.

Die Höhe der zu gewährenden Gratifikation hängt dort, wo ein Rechtsanspruch anzunehmen ist, eine bestimmte Abmachung aber nicht getroffen ist, von den Umständen ab. Die Höhe des Gehalts, die besondere Tätigkeit des Angestellten, die Verhältnisse und Geschäftsergebnisse des Unternehmens werden dabei zu berücksichtigen sein. Tadelloses Verhalten des Angestellten ist Voraussetzung.

Zusammenfassend ist also zu sagen: Das bestimmte, wenn auch bedingte Versprechen einer besonderen Vergütung ist wie jedes andere Versprechen zu betrachten, gibt also bestimmt klagbares Recht. Liegt keinerlei direktes oder indirektes Versprechen vor, so wird ein Anspruch auf Gratifikation dann bestehen, wenn der Angestellte nach den Umständen — sei es durch Inanspruchnahme, wenn auch in unverbindlicher Weise, durch jahrelange Gewährung u. a. — berechtigt war, darauf zu rechnen.

Leipzig. Zum Abschied des Herrn Otto Chriakul. Den Leipziger Buchhandlungs-Markthelfern ist ein großes Leid widerfahren: ihr bester Agitator, Herr Otto Chriakul, Mitinhaber der Firma F. W., ist von Leipzig verzogen und wird unsere Berliner Buchhandlungs-Markthelfer mit seinem Dasein beglücken. Er verstand es besser wie wir alle, der Kollegenhaft die Augen zu öffnen, sie von der Notwendigkeit einer guten und strengen Organisation zu überzeugen. War er es hoch, der es für notwendig hielt, im Tarifauschuss zu erklären, daß der Unternehmer aus Sparmaßregeln ausführen darf die alten Rollen, dann erst die jüngeren entläßt, also eine Rücksicht auf die langjährige Dienstzeit, die tariflose Zeit, die Zeitperiode der enormen Ausbeutung unserer Kollegen nicht kennt. Auch war es dieser Herr, welcher den ersten Tarifbruch der Firma F. W., als Vorsitzender des Unternehmerverbandes im Buchhandel, nur deshalb bedauerte, weil zu schnell gehandelt, denn nach einem verschleierten von einem offenen vorzieht. Dieses Gebahren kennzeichnet ihn besonders gut. Es trifft sich nun gut, daß zu derselben Zeit, wo vor einigen Jahren ein Heiland in Jerusalem einzog und in den damaligen Gläubigen so manche Hoffnungen wachte, dieser „Heiland“ auch in ein „für ihn gelobtes“ Land seinen Einzug hält und sein Erscheinen wohl in den dortigen Kollegentreffen auch, wenn auch andere Gefühle wachrufen wird. Mögen unsere Berliner Kollegen ihr Handeln danach einrichten, damit dieser Herr, welcher in die Schule der Berliner Scharmacher gegangen zu sein scheint, seine Freude an ihnen hat. Die gemischten Gefühle der Leipziger Kollegen begleiten ihn bei seinem Abgange. Wohl ihm!

Transportarbeiter.

Elberfeld-Warmen. Die Errichtung einer Fahr- und Fachschule für Elberfeld und Warmen ist seit einiger Zeit von privater Seite unter Leitung des Polizeiuspektors Ostermann-Warmen lebhaft propagiert worden. An alle Fuhrwerks- und Pferdebesitzer ist ein Rundschreiben erlassen, in welchem zur Gründung eines „Fuhrschul-Vereins“ zur Errichtung der Fahr- und Fachschule hingewiesen wurde. Die Gründung des Vereins ist nunmehr in einer Versammlung erfolgt. Der Verein trägt den Namen „Vergilische Fuhrschulen, eingetragener Verein mit dem Sitz in Warmen“.

In der Versammlung hielt der Herr Polizeiusp. Ostermann das einleitende Referat. Nach dem „Warner Anzeiger“ vom 5. März führte er aus: daß die Errichtung von Fuhrschulen nicht zuletzt eine Notwendigkeit sei im Interesse der notwendigen Verkehrssicherheit. Gesetzliche Bestimmungen seien genug vorhanden, aber sie nützen dem Schutze des Publikums nicht, wenn die Leitung des Fuhrwerks ungeeigneten Personen anvertraut sei. Die Schwierigkeit unseres bergigen Geländes erhöhe zudem die Notwendigkeit von Schritten zur Vorbeugung von Unglücksfällen. Neben wies das weitere auf die ethische Bedeutung solcher Fuhrschulen hin, durch die Abhilfe geschaffen werde gegen die häßlichen Straßenbilder, die heute die Fuhrleute gewähren durch ihre Rohheit gegen Menschen und nicht zuletzt gegen die ihnen anvertrauten Pferde. Bei dem allgemeinen Interesse, das die theoretische und praktische Ausbildung der Fuhrleute bedingt, verlangte er, daß zur Gründung und Unterhaltung der Fuhrschulen beitragen müßten: der Staat, die Städte, Besitzer von Fuhrwerk und Automobilen, Sportleute, Versicherungsvereinigungen, Verkehrs- und Tierliebvereine. In Preußen bestehen bisher vier Fuhrschulen, die sich in ihren Erfolgen durchwegs bewährten.

Soweit der Herr Polizeiusp. Ostermann. Wir stehen ebenfalls auf dem Standpunkt, daß durch die Errichtung einer Fahr- und Fachschule viel zur Verkehrssicherheit im allgemeinen beigetragen wird. Aber wir verlangen, daß der Staat und die Kommunen die

Verpflichtung haben, derartige Institute auf einer paritätischen Grundlage unter sachmännischer Leitung zu errichten. Vor allen Dingen muß vermieden werden, daß die Institute sich als einseitige Interessensvertretungen des Unternehmertums ausbilden. Leider ist das bis jetzt überall dort der Fall, wo die Fahr- und Fachschulen von privater Seite ins Leben gerufen wurden.

Weiter aber müssen wir gegen die Redewendung des Herrn Polizeiuspektors, daß die Fuhrleute Rohheiten gegen Menschen und Pferde begingen, ganz entschieden Verwahrung einlegen. Wir verkennen nicht, daß es unter den Fuhrleuten einige Elemente gibt, die sich nicht so betragen, wie es einem vernünftigen Arbeiter geziemt, aber das gibt dem Herrn Polizeiusp. nicht im geringsten das Recht, einen ganzen Beruf in der unangebrachten Art zu beleidigen. Was würde wohl der Herr Polizeiusp. sagen, wenn wir dem ganzen Berufe der Polizeibeamten nachsagen wollten, er benehme sich dem Publikum gegenüber — na sagen wir mal — „äußerst unhöflich“. Wir sind der Ueberzeugung, daß uns eine Beleidigungssache sicher wäre. Vielleicht würde der Herr Polizeiusp. Inspektor der erste sein, der eine Klage anhängig macht.

Außerdem scheinen die Fuhrunternehmer nicht allzusehr von der Errichtung der Fahr- und Fachschulen erbaut zu sein. So gab der Unternehmer *Kerbels-Elberfeld* in der Versammlung der Befürchtung Ausdruck, daß wohl wenige Fuhrunternehmer sich dazu herbeilassen würden, Pferde und Wagen zu den Unterrichtsreifen zu stellen. Er selbst wolle lieber 50 Mark Beitrag zahlen im Jahr als wie Pferde und Wagen stellen zu müssen. Hieran wird vielleicht das ganze Projekt scheitern, denn was hilft eine Fahr- und Fachschule, wenn kein praktischer Unterricht erteilt werden kann. Das ist die erste Schattenseite, die sich den Gründungen von privater Seite gegenüberstellt. Anders ist es, wenn der Staat und die Kommunen gemeinsam die Errichtung vornehmen und die entstehenden Unkosten decken. Der Unternehmer *Schithren-Warmen* befragt so gar, daß durch die Errichtung eine Flucht der tüchtigsten Kutscher und Fuhrleute aus dem gewerblichen Fuhrbetriebe in die privaten Betriebe eintreten würde, weil in diesen Betrieben mehr Lohn gezahlt würde. Nun, Herr Schithren, dem ist sehr bald abzuhelfen, sorgen Sie mit dafür, daß in den gewerblichen Fuhrbetrieben der gleiche Lohn wie in den privaten Betrieben gezahlt wird, und die Herren Fuhrunternehmer werden an tüchtigen und zuverlässigen Kutschern und Fuhrleuten keinen Mangel haben.

Rattowitz. Wie die Firma Rattowitzer Transportkomtoir ihre Arbeiter bezahlt. Die Firma Rattowitzer Transportkomtoir hat neben ihrem gewöhnlichen Abrollbetriebe auch recht oft größere Möbeltransporte über Land zu besorgen. Die Päder und Arbeiter müssen bei diesen Transporten recht zeitig auf dem Posten sein, damit das Beladen und Transportieren keine Unterbrechung erleidet. Es kommt recht oft vor, daß bei diesen Transporten die Arbeiter schon um 1 Uhr nachts mit dem Möbelwagen den Hof verlassen, um erst in ein, zwei oder drei Tagen zurückzukommen.

Jeder vernünftige Mensch weiß nun, daß zu solch einer Landtour auch Geld gehört. Die Arbeiter müssen essen und trinken, übernachten. Gewöhnlich bekommen sie für ihr gutes Geld schlechte Ware und schlechtes Logis. Meist oft langen die 2 Mk., die sich der Arbeiter einsteckt, gar nicht, diese Ausgaben zu bestreiten. Die Arbeitgeber wissen aber auch ganz genau, daß die Arbeiter unterwegs Zehrgeßel brauchen. Sie haben deshalb eine Entschädigung zugestanden, ohne sich indes an einen bestimmten Satz zu binden. Zum Zweck der Kontrolle hat nun die Firma sogenannte Speisebücher angeschafft, in welche etwaige Ausgaben, wie Vorspann, Maut, Licht und Zehrgeßel eingetragen werden soll. Diese Ausgaben sollen dann am Schluß jeder Woche verrechnet werden.

Sowohl wäre alles ganz gut, wenn nur die Herren auch ihr Versprechen hielten. Aber am Sonntagabend denken die Inhaber der Firma oft nicht daran, ihr Versprechen einzulösen. Oder sollten die Herren Chefs die Absicht haben, diese Ausgaben erst am Jahreshluß zu verrechnen? Die Arbeiter haben jedenfalls keine Lust, solange zu warten.

Wie „nobel“ die Herren sonst noch ihren Arbeitern gegenüber sind, sieht man am besten daraus, daß man einem Kutscher, der morgens früh 8 Uhr einen Transport nach Weßlowitz zu besorgen hatte und nachts 2 Uhr wieder zurückkam, 1,50 Mk. Vorschuß, den sich der Arbeiter als Zehrgeßel geben ließ, am Lohnstage ganz einfach vom Lohne abziehen wollte. Mit vieler Not und Mühe wollten die Herren endlich 1 Mk. bewilligen, als aber der Betreffende darauf nicht einging, mußte man schließlich gute Miene zum bösen Spiel machen.

Die Arbeiter erhalten monatlichen Lohn und brauchen denselben natürlich zur Erhaltung ihrer Familie. Sie haben deshalb nicht immer Geld bei sich. Wenn nun eine größere Tour zu machen ist, so verlangen sie Vorschuß. Und hier kommt der Unternehmerstandpunkt zum Vorschein. Es erfolgt die Abgabe: „Sie haben doch erst Lohn bekommen! Nehmen Sie sich doch auf der Reise Geld mit, damit Sie langen.“

Die Kutscher und Päder erhalten monatlich 90 Mk. Wenn die Leute nun über Land fahren, brauchen sie durchschnittlich 2 Mk. pro Tag. Wenn dies nun in der Woche viermal vorkommt, so sind es monatlich 16 Tage x 2 Mk. = 32 Mk., 32 Mk. von 90 Mk. = 58 Mk. Von diesen 58 Mk. sind noch Steuern und Versicherungsbeiträge zu bezahlen. Kann das übrigbleibende zur Erhaltung einer Familie langem? Kimmernmeh.

Der „Arbeitsmarkt“ stellt allmonatlich die Preisschwankungen der Lebensmittel für eine dreiköpfige

Arbeiterfamilie dergestalt fest, daß er bei seiner Berechnung das Dreifache dessen zu Grunde legt, was ein deutscher Marinefeldat innerhalb der heimischen Gassen als Tagesration erhält. Unter einer dreiköpfigen Arbeiterfamilie ist Mann und Frau und zwei Kinder unter 14 Jahren zu verstehen. Die Ermittlungen ergaben folgendes Bild:

Der Kostenaufwand für Ernährung betrug im Durchschnitt:

im Jahre	pro Woche	pro Jahr
1900	20,44 Mk.	1063 Mk.
1901	20,56 "	1069 "
1902	20,72 "	1077 "
1903	21,15 "	1100 "
1904	21,19 "	1107 "
1905	21,98 "	1143 "
1906	23,01 "	1197 "
1907	22,63 "	1177 "
1908	22,81 "	1186 "

Können unsere Kollegen für ihre Ernährung diese Summen aufwenden? Nein! Selbst wenn Sie den Lohn ohne alle Abzüge erhalten würden und zur Ernährung der Familie verwenden wollten, würde derselbe die Höhe nicht erreichen. 12 mal 90 = 1080 Mk. minus 106 Mk. Über gar nach der famosen Unternehmerpolitik obiger Herren würde folgende Berechnung heranskommen: 12 mal 58 Mk. = 696 Mk., nicht weniger 490 Mk. Nun müssen wir aber berücksichtigen, daß größtenteils eine größere Kinderzahl vorhanden ist und infolgedessen mehr gebraucht wird. Außerdem muß das allernötigste für Kleidungsstücke und Schuhwerk verausgabt werden. Die Ernährung der Familie ist deshalb eine minderwertige, ungesunde, unter der der Arbeiter selbst leiden muß.

Wie lange soll dieser Zustand dauern? Warum wehren sich die Arbeiter nicht? Sind sie nicht imstande, sich bessere Verhältnisse zu schaffen? Haben sie ihr Mannesgefühl den Hundst zum Fraße vorgeworfen und vertrieben sich nun feige? Wir glauben es nicht! Unsere Kollegen haben nur zu lange unter der Fuchtel der Unternehmer gestanden, sind zu sehr in Demut und Untertänigkeit erzogen worden.

Nun aber hinweg mit dieser Hundedemut! Jeder Kollege, der noch etwas Selbstachtung vor sich hat, muß sagen: nun ist's genug! Nun will ich selbst mit Hand anlegen und dem Glend, das uns umgibt, entgegenzutreten. Soweit es in meinen Kräften steht, ha für einzutreten, daß an Stelle dieser trostlosen Verhältnisse geordnete Zustände treten. Die Speditionen und Möbeltransportarbeiter haben alle unter dem Profittstreben der Unternehmer zu leiden. Nicht bloß obige Firma ist es, die subtil wie möglich an ihren Arbeitern zu profitieren sucht! Die anderen sind auch kein Haar besser. Deshalb müssen auch die Arbeiter alle einig sein, sich alle dem Deutschen Transportarbeiter-Verbande anschließen. Es wird dann nicht schwer fallen, mit den Herren ein ernstes Wort zu sprechen und bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Darum hinein in den Deutschen Transportarbeiter-Verband.

Rattowitzer Transportkomtoir. Eine der größten Speditionen am Orte ist die Firma *Jacob*. Das Kollegeschäft floriert gut; eine ganze Anzahl Arbeiter müht sich für ihren Chef ab, damit sich das rote Gold in seinem Geldschrank immer mehr anhäuft.

Dafür zahlt aber auch Herr Jacob miserable Löhne. Kutscher und Arbeiter, die dort schon jahrelang beschäftigt sind, erhalten einen Wochenlohn von 12, höchstens 13 Mk. Diesem Herrn fällt es durchaus nicht ein, den Leuten etwas zuzulegen. Die Behandlung, die den Leuten zuteil wird, spottet mitunter jeder Beschreibung. Erst vor kurzem hat er aus irgend einer Ursache den Kutscher Bernil (der noch dazu ein Krüppel ist) mit der Faust ins Gesicht geschlagen. Auch einem anderen Kutscher sollte diese „Zulage“ zuteil werden, der hat sie aber dankend abgelehnt.

Auch die Gewerbe-Ordnung scheint Herr Jacob wenig zu kennen, wie folgender Fall zeigt. Eines Abends sollte ein Arbeiter einen Wagen, der schwer beladen war fortzuschaffen. Da aber der Schnee sehr hoch lag, war dieses nicht möglich. Nun ging das Geschimpfe los. Er sei nur zu faul, er wolle sich bloß nicht anstrengen usw. Da der Mann niemand zur Hilfe bekam, sagte er dem Buchhalter, er möge zur Weiche gehen oder ihm brüden helfen. Darau konstruierte der Herr eine Beleidigung und die Folge war die kündigungslöse Entlassung. Da bei Herrn Jacob die Arbeiter eingestellt werden, ohne daß über Kündigung etwas vereinbart wird, so besteht auch für Herrn J. die gesetzliche 14tägige Kündigung. Zur möglichen Entlassung des Arbeiters lag kein gesetzlicher Grund vor und Herr J. wird auf dem Gewerbegericht bekehrt werden, daß man in solchem Falle kündigen oder für 14 Tage Lohn bezahlen muß.

Im übrigen sollten diese Vorkommnisse den Rattowitzer Speditionenarbeitern eine Lehre sein. Sobald sich die Arbeiter nicht wie das liebe Vieh behandelt und schlagen lassen, werden sie unbarbarisch auf das Straßengäßchen geworfen. Hier zeigt sich bei dem Unternehmer die ganze christliche Liebe. Er fragt nicht danach, ob der Arbeiter, den er hinausgeworfen vorher wochenlang krank war. Er fragt nicht danach, ob die Familie was zu essen hat oder dem Hungerode entgegengeht. Das ist die christliche Warmherzigkeit der Unternehmer.

Ihr Arbeiter aber, die ihr statt höhere Löhne zu verlangen, euch im Hofe eures Arbeitgebers um ein paar lumpige Wenigke Tringelder herumstreitet, euch monoglich darum krügelt, zur Freude eures Chefs, macht endlich einmal auf, denkt über eure elende Lage nach. Denkt daran, daß ihr Menschen seid, also auch als Menschen leben müßt. Schafft euch bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Tretet in unsere Reihen, wir werden euch beistehen im Kampfe um eure Menschenrechte.

Oeffentliche und Mitglieder-Versammlungen.

Berlin. Die Ortsverwaltung I (W. B. S.) hielt am 8. März ihre Generalversammlung für das vierte Quartal ab, in welcher auch der Tätigkeitsbericht der Ortsverwaltung vom Jahre 1908 gegeben wurde. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken der verstorbenen Kollegen in üblicher Weise. Den Geschäftsbericht, welcher zum ersten Male einheitlich für den ganzen Bezirk Groß-Berlin herausgegeben wurde und den Mitgliedern vordem zugänglich gemacht war, ist zu entnehmen, daß die Verwaltung das Hauptaugenmerk darauf richtete, durch intensive, zielichere Agitation der durch in Zeiten der Krise mehr einkehrenden Fluktuation dadurch entgegenzusetzen, indem die entstandenen Lücken durch neue Kämpfer ersetzt wurden. In 566 Versammlungen, in welchen neben agitatorischen Fragen hauptsächlich die Grundursachen des wirtschaftlichen Niederganges gewürdigt wurden, gelang es uns, den Mitgliederbestand auf derselben Höhe zu halten. Derselbe betrug am 31. Dezember 1908: 8224. In einigen Betrieben war es sogar möglich, durch Lohnbewegungen ganz nennenswerte Vorteile für die Kollegen zu erzielen. In öffentlichen Versammlungen wurde Stellung genommen zu den aktuellen Tagesfragen: Erweiterung der Sonntagsruhe, Achtuhr-Ladenschluß, Sechshuhr-Pfostschluß, Siebenuhrschluß in den Großgeschäften etc.

Die Gruppe der W-B-S-Zähler nahm in einer Generalversammlung Stellung zur Erhöhung des Wochenbeitrages von 25 Pf. auf 40 Pf. Vordem hatte sich eine Vertrauensmännerkonferenz mit dieser Frage beschäftigt und war zu dem Beschluß gekommen, der Generalversammlung zu empfehlen, der Erhöhung zuzustimmen. Die Generalversammlung überzeugte sich von den Gründen und beschloß, ab 1. Oktober 40 Pf. pro Woche zu zahlen. In der Generalversammlung pro 3. Quartal wurde ferner beschlossen, das Bureau nach Engelshaus 15 zu verlegen.

Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung wurden geführt in 11 Fällen mit 44 Firmen und 448 Beschäftigten. Der geschäftliche Verkehr zeigt folgenden Bild: Eingänge per Post 3491. Ausgänge: 8500. Außerdem wurden auf dem Bureau verschiedene Hunderttausende Handzettel angefertigt. Die Zahl der angefertigten Schriftstücke beträgt 128. Diefelbe erscheint deshalb so klein, weil alle unfall- und berufs-genossenschaftlichen Schriftstücke seitens des Berliner Arbeitersekretariats angefertigt wurden. Rechtsschutz wurde in 11 Fällen gewährt. In 7 Fällen mußte derselbe abgelehnt werden, da die statutarischen Bestimmungen nicht erfüllt waren.

Für Unterstützungen wurden ganz bedeutende Summen ausgegeben. So wurden insgesamt 21 422,95 Mark an Krankenunterstützung gezahlt, wovon die Hauptkasse die Summe von 11 757,45 Mt. zahlte, von der Ortskasse wurden 9665,50 Mt. gezahlt. An Arbeitslosenunterstützung wurden gezahlt insgesamt 39 008,75 Mark. Von dieser Summe zahlte die Hauptkasse 32 612,75 Mt., während 6396 Mt. aus örtlichen Mitteln gezahlt wurden. Ferner wurden verausgabt: als Weihnachtunterstützung 1038 Mt., in besonderen Notfällen 1780 Mt., an Beerdigungsbeihilfe 1620 Mt. aus Mitteln der Hauptkasse, aus örtlichen Mitteln 8539 Mt. Für Streiks und Maßregelungen 2320,80 Mark, für Rechtsschutz 116 Mt. Die Gesamteinnahmen betragen 195 298,17 Mt., dem eine Ausgabe von 151 160,63 Mt. gegenüberstehen. Der Kassenbestand betrug am Jahreschluß 44 132,54 Mt.

Nach eingehender Diskussion wurde auf Antrag der Revisoren der Verwaltung Entlastung erteilt. Auf Vorschlag der Funktionärversammlung wurden folgende Kollegen in die Ortsverwaltung gewählt: F. Wappler 1. Bevollmächtigter, H. Spiederemann, 2. Bevollmächtigter, G. Bergens, Schriftführer. Braunert, Ludow, Willhaben, W. Müller, Oppermann, Meisner Beisitzer. Zu Revisoren: F. Zimmermann, H. Behr, W. Kobbert. Die Angelegenheit des ehemaligen Revisors C. Reich, welcher vom Hauptvorstand ausgeschlossen wurde, wurde vertagt bis zur endgültigen Erledigung durch die Gerichte. Als Delegierte zur Bezirksleitung Groß-Berlin wurden Wappler und Spiederemann bestimmt. Nachdem noch vom Vorsitzenden auf die Kontrollkarte der Einkassierer und der Handtuchfahrer hingewiesen und ersucht wurde, der Organisation der weiblichen Bacterinnen etc. die größte Aufmerksamkeit zu widmen, erfolgte Schluß der stark besuchten Versammlung.

Beuthen (Oberschlesien). Die am 7. März hier abgehaltene Mitglieder-Versammlung war leider schlecht besucht. Die Kollegen, die durchaus nicht auf Rosen gebettet sind, stehen teilnahmslos beiseite, ohne einen Finger krümmen zu machen, in irgend einer Weise ihre Lage zu verbessern. Leider gibt es einige Kollegen, die Zwietracht säen, die gegen den Verband arbeiten und unsere Mitglieder vom Verbands abreden. Aber diese Kollegen können nicht wissen, was ihnen einmal die Zukunft bringt, ob sie nicht auch einmal Unfälle haben und dann dem Verband brauchen könnten. Wir wollen's abwarten! Eins aber ist sicher, jeder Arbeiter, der einen Funken Ehre im Leibe hat, der sich nicht als Knecht, sondern als Mensch fühlt, muß jede Gelegenheit ergreifen, wo es gilt, für sich und seine Familie eine Verbesserung seiner Lebenslage herbeizuführen. Und das geschieht durch den Deutschen Transportarbeiter-Verband. Er unterstützt euch bei Krankheit und Arbeitslosigkeit; er gibt euch Rechtsschutz bei Polizeikonventionen und Unfällen. Und er will euch vor allen Dingen eure Lohn- und Arbeitsverhältnisse verbessern. Oder ist dies nicht nötig? Oder glaubt ihr, daß das unmöglich ist? O, ihr Alleinläubigen! Freilich, solange ihr mit dem paar Mark Lohn zufrieden seid und auf euer Einkommen pocht, solange ihr euch von euren Arbeitgebern beschimpfen und womöglich schlagen laßt, ist nicht daran

zu denken. Aber werdet ihr euch erst eurer Menschenwürde bewußt, kommt euch erst euer Mannesstolz zur Geltung, dann werdet ihr die Klavenfesseln zerreißen und Schulten an Schulten mit uns kämpfen für ein menschenwürdiges Dasein.

Birnbaum. Am Sonntag, den 14. März fand eine Transportarbeiter-Versammlung statt, welche trotz umfangreicher Agitation nur schwach besucht war. Die Birnbaumer Transportarbeiter haben es ja auch nicht nötig bei Wochenlöhnen von 10 bis 11 Mt. sich zu organisieren, um dadurch ihre Löhne verbessern zu können. Ein Kollege aus Posen hielt ein kurzes Referat über das Thema: „Wie müssen wir agitieren?“ Dann folgte eine Aussprache über Verbandsangelegenheiten. Für die 6. Generalversammlung wurde einstimmig Kollege Sridzies-Posen als Kandidat für die Delegiertenliste aufgestellt. Die Arbeitslosigkeit ist in Birnbaum gleich Null, so daß einige Kollegen gezwungen waren, auf dem Lande bei Großbauern Arbeit anzunehmen. Es wurde noch angeregt, Adressen von Birnbaumer Transportarbeitern zu besorgen und dann eine rege Hausagitation zu entfalten. Dann folgte Schluß der Versammlung.

Breslau. Am 9. März fand unsere Mitglieder-Versammlung statt, in welcher folgendes zur Tagesordnung stand: 1. Die General-Versammlung unseres Verbandes in München am 7. Juni und Anträge hierzu; 2. Aufstellung der Kandidaten zur Delegiertenwahl; 3. Erledigung des vom Kollegen Winkler gestellten Antrages. Die Kollegen Zimmer und Niesel äußerten sich zu den verschiedenen Punkten, welche zur Tagesordnung der bevorstehenden General-Versammlung stehen. So u. a. auch zu dem Bericht über die Verhandlungen zwecks Schaffung der Einheitsorganisation aller Transportarbeiter.

Hierzu äußerte sich Kollege Zimmer dahingehend, daß es an erster Stelle der Verband der Handels- und Transportarbeiter sein wird, welcher dem Kapitalismus den Garau machen wird, und es ist deshalb bedauerlich, daß unter den Gewerkschaften so wenig zur Organisation aller Transportarbeiter beigetragen wird. Jede Grenzfreiheit hält nur die Vorwärtsentwicklung zur Einheitsorganisation auf.

Vor allem sollte es sich der Hafnarbeiter- sowie der Seemanns-Verband zur bringenden Aufgabe machen, für einen schnellen Zusammenschluß aller Transportarbeiter zu Wasser und zu Lande mitzuwirken, damit diese in den Zeiten der Kämpfe dem Unternehmertum stark entgegen treten können. Aufgabe des Verbandstages muß und wird es sein, hierzu Stellung zu nehmen.

Hierauf kamen folgende Anträge, welche dem Verbandstage gestellt werden sollen, zur Diskussion und wurden einstimmig angenommen:

1. An Stelle der jetzigen Arbeitslosen- und Krankenunterstützung möge die General-Versammlung eine Gewerkschaftenunterstützung unter Zugrundelegung der Sätze der Arbeitslosenunterstützung beschließen.

2. Die Unterstützungsätze bei Streiks und Maßregelungen werden in jeder Beitragsklasse um je 1 Mt. pro Woche erhöht.

3. Der Hauptvorstand wird beauftragt, Agitationsflugblätter und Aufnahmeformulare für weibliche und jugendliche Kolleginnen und Kollegen herauszugeben.

4. Gemäßregelte Mitglieder, sofern sie verheiratet sind und den Wohnort verlassen müssen, erhalten eine Umzugsunterstützung:

nach einjähriger Mitgliedschaft . . .	20 Mt.
„ dreijähriger Mitgliedschaft . . .	25 „
„ fünfjähriger Mitgliedschaft . . .	30 „
„ achtjähriger Mitgliedschaft . . .	35 „
„ zehnjähriger Mitgliedschaft . . .	40 „

5. Im § 3, Abs. 12, anzufügen: „und muß der Ortsverwaltung oder bei Einzelmitgliedern dem Gauborstande ohne weiteres ausgeteilt werden.“

6. In § 5 und 6 anstatt der Bestimmung „kann nach dem 7. Tage“ zu setzen: „nach einer Karenzzeit von einer Woche, — am Schlusse der zweiten Arbeitslosen- resp. Krankenwoche etc.“ In die Unterstützungsstaffeln einzufügen: je 5 Mt. auf je 5 Wochen etc.

7. Die General-Versammlung möge beschließen: Die 7. General-Versammlung wird in Breslau abgehalten.

8. Im § 19 einen neuen Absatz 13 anzufügen: „Die Ortsfonds sind, wenn nicht dringende Handlungsgründe vorliegen, zins tragend anzulegen. Der Zentralvorstand gibt Erklärungsformulare an alle Ortsverwaltungen, in welchen diejenigen Personen bestätigen, daß das auf ihren Namen angelegte Verbandsvermögen nicht ihr persönliches Eigentum ist, auf welche die Ortsfonds angelegt sind.“

9. Die General-Versammlung möge beschließen, daß ein Versammlungsanzeiger im „Courier“ zur Veröffentlichung gelangt.

Zur Delegiertenwahl wurden folgende Kollegen vorgeschlagen: Zimmer, Niesel, Biewald, Jahn, Ulrich, Hampel, Horn, Gottwald, Köhler, Salomon, Reichelt, Winkler, Sellmann und Max Scholz. Die Abstimmung über Kollegen Biewald stellte ein zweifelhaftes Bild dar und so wurde nochmals abgestimmt, indem festgestellt wurde, daß 75 für und 54 gegen die Aufstellung des Kollegen Biewald waren. Dennoch wurde ein Wahlprotest erhoben mit der Begründung, daß die Stimmabgabe nicht ihre Wichtigkeit habe und die Unterzeichneten beantragen eine nochmalige Abstimmung. Ein Kollege stellte sogar die Behauptung auf, daß einige Kollegen bei der Abstimmung Biewald beide Hände erhoben hätten.

Hierzu stellte Kollege Zimmer den Antrag, die Mitglieder-Versammlung solle beschließen, ob die Wahl des Kollegen Biewald gültig sei oder nicht. Es wurde über diesen Antrag abgestimmt und die Wahl mit 58 gegen 50 Stimmen für gültig erklärt. Als ihm der betreffende Kollege den Beweis für seine Behauptung antreten sollte, konnte es derselbe nicht und die Angelegenheit wurde als erledigt betrachtet.

Der dritte und vierte Punkt der Tagesordnung mußte vertagt werden, da infolge der vorgeschrittenen Zeit ein Teil der Kollegen den Saal schon verlassen hatten.

Königshtütte. Sit unserer am 7. März abgehaltene Mitglieder-Versammlung sprach ein Kollege aus Beuthen über Hochkonjunktur und Wirtschaftskrise. In seinem Referate zeigte der Redner, wie sich seit der letzten Krise von 1900 die wirtschaftliche Lage von Jahr zu Jahr gebessert und hauptsächlich in den Jahren 1905—1906 ein solcher wirtschaftlicher Aufschwung stattfand, wie er vorher noch nicht dagewesen ist. Alle Werke waren beschäftigt, da die Aufträge so massenhaft eingegangen sind, sind viele Werke zu klein geworden. Fabriken wurden vergrößert, neue Unternehmungen wurden gegründet. Arbeitskräfte wurden so viel wie möglich herangezogen. Das Kapital mußte auf die raschiertere Weise diese günstige Situation aus. Die Aktien stiegen, immer höhere Dividenden wurden gezahlt. Das Kapital hielt reiche Ernte. Durch die ungeheure Anspannung aller produktiven Kräfte trat aber Ueberproduktion ein. Der Weltmarkt war überfüllt, eine Abnehmerquelle nach der anderen versagte. Geld war nur noch zu hohen Zinssätzen zu haben. Mitte 1907 tritt der äußere Umschwung ein. Von Amerika, wo diesmal die Krise ihren Anfang nahm, übertrug sie sich auf Europa. Hunderttausende von amerikanischen Arbeitslosen kamen zurück und überfluteten den Kontinent, wurden zu Lohndrückern und verschlimmerten dadurch die an sich schon schwierige Lage der Arbeiter. Das Kapital hat die gute wirtschaftliche Lage für sich im höchsten Maße ausgenützt, Millionen und aber Millionen eingehemt. Es überwindet die Krise mit Leichtigkeit. Arbeitszeitbeschränkungen werden vorgenommen, Fabriken geschlossen. Arbeiter werden massenhaft aufs Pflaster geworfen.

Die Arbeiter haben nur wenig Nutzen von der Hochkonjunktur gehabt. Die organisierten Arbeiter haben wohl alle ihre Kräfte angestrengt, um auch für sich aus der wirtschaftlichen Hochzeit etwas zu reiten. Aber die Lohnbewegungen, die hauptsächlich 1906 zum Teil durch wirtschaftliche Kämpfe errungen werden mußten, wurden wieder durch die fortwährende Steigerung der Lebensmittel, Mieten usw. aufgefohen. Ein großer Teil der Arbeiter ist überhaupt nicht organisiert, darunter ein Teil der Transportarbeiter. Diese haben von dem wirtschaftlichen Aufschwunge keinen Nutzen gehabt. Und kommt nun die schlechte Zeit, wo wenig Arbeit vorhanden ist, so müssen sie sich Lohnkürzungen etc. gefallen lassen, sind auf Gnade und Ungnade dem Arbeitgeber überliefert. Das kann und darf nicht sein. Die Kollegen haben die Pflicht, für ihre Familie so zu sorgen, daß sie als Menschen leben können, damit sie bei eintretender Krankheit oder Arbeitslosigkeit nicht gleich dem Elend verfallen. Die Kollegen müssen sich Mann für Mann dem Deutschen Transportarbeiterverbande anschließen und mit ihm für ein menschenwürdiges Dasein kämpfen. Als Kandidat für die Generalversammlung in München wurde Kollege Trappe vorgeschlagen. Nachdem Kollege Sohn einen kurzen Kartellbericht gegeben, schloß derselbe nach einem kurzen Hinweis, fest zum Verbands zu halten, die Versammlung.

Langenbielau. Am 13. März fand eine Mitglieder-Versammlung im 4. Bezirk statt, in welcher der Gauleiter über die Generalversammlung in München referierte. Die Diskussion war eine sehr lebhaft. Es wurden folgende Anträge gestellt und von den Versammelten gutgeheißen: „Die Generalversammlung wolle beschließen, daß die Unterstützungen für weibliche und jugendliche Mitglieder entsprechend ihren Beiträgen zu erhöhen sind; 2. daß die übermäßig langen Berichte von Mitglieder-Versammlungen zu kürzen sind, dafür sollen mehr wissenschaftliche Artikel im Fachblatte Aufnahme finden.“ Von der Aufstellung eines Kandidaten zur Delegiertenwahl wurde abgesehen. — Nach einigen internen Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Leipzig. Eine Konferenz von Vertretern unserer Gewerkschaft aus der Umgegend von Leipzig fand auf Veranlassung der hiesigen Ortsverwaltung am Sonntag, den 14. März statt. Vertreten waren die Orte Gienburg, Grimma, Liebertsdorf, Kötha, Markkranzstädt, Schleißh, Wurzen und Zwenkau. Unvertreten war Krositz und Taucha.

Die Tagesordnung lautete: Wie betreiben wir in Zukunft in den Ortskassen um Leipzig für unsere Organisation die Agitation unter den Berufs-Kollegen und führen Lohnkämpfe in deren Interesse?

Punkt 2: Wie fördern wir den inneren Ausbau der Organisation und erledigen unsere geschäftlichen Angelegenheiten? 3. Beratung der Bestimmungen zur Regelung der geschäftlichen Angelegenheiten. 4. Stellungnahme zur Delegiertenwahl zum Verbandstag. 5. Verschiedenes.

Nachmittags 1/2 2 Uhr eröffnete der Bevollmächtigte die Konferenz, ließ die Erschienenen willkommen, dabei hervorhebend, daß die Konferenz nur praktischen Zwecken dienen soll und infolgedessen von jeder Feier Abstand genommen wurde.

Nach Feststellung der Präsenzliste wurde in die Tagesordnung eingetreten. Das Referat zu Punkt 1. hatte der Kollege Sängerlaub übernommen. Redner legt zunächst die Gründe dar, welche die Ortsverwaltung veranlassen, diese Zusammenkunft herbeizuführen. Dabei betonend, daß die Leipziger Transportarbeiter alle Anträge haben, die Organisation in den kleinen Orten fördern zu helfen. Wiederholt konnten wir in Leipzig die Erfahrung machen, daß bei wirtschaftlichen Kämpfen, welche die Kollegen am Orte führen mußten, das Unternehmertum versuchte, durch marktstreiferische Annoncen in der bürgerlichen Presse, Berufs-Kollegen aus der Umgebung von Leipzig als Streikbrecher heranzulösen. Um den Unternehmertum entgegenzutreten, muß zunächst mehr Agitationsarbeit geleistet

werden. Die Agitation kann man in verschiedener Weise betreiben. Entweder in Versammlungen oder Betriebsbesprechungen, auf schriftlichem Wege; auch sind bei Haus- und Stallagitationen günstige Resultate erzielt worden. Als beste Agitation von allen hat sich bisher immer die mündliche Agitation bewährt, d. h. daß man die Kollegen auf ihre schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse aufmerksam machte und auf die Organisation verwies. Die letztere Agitation setzt aber auch von den Kollegen voraus, daß Bildung und Wissen sie sich aneignen müssen. Bei Erläuterung des Agitationsgebietes, welches die Transportarbeiter zu beackern haben, hob Nedner hervor, daß von uns auch die Eisenbahner zu organisieren sind und diese Aufgabe wir lösen müssen, mag es kosten, was es will. Sind die Kollegen organisiert, so muß dazu übergegangen werden, bessere Verhältnisse im Beruf herbeizuführen. Dringend nötig ist es, daß die Verbandsfunktionäre die auf Lohnbewegung bezug habenden statutarischen Bestimmungen genau beachten und von allen Vorgängen der Ortsverwaltung Leipzig, welche die Verantwortung trägt, rechtzeitig Kenntnis geben.

Nach einer kurzen Pause wird in die Diskussion eingetreten.

Karbau-Grinma: Geringe Entlohnung, verbunden mit ausgedehnter Arbeitszeit, dazu patriarchalische Verhältnisse, bei denen die Arbeiter immer über den Köpfen barbiert werden, sind Schuld, daß die Agitation sich schwierig gestaltet; doch sind durch Hausagitation günstige Resultate erzielt worden.

Ahnert-Gilenburg begrüßt es mit Freuden, daß die Ortsverwaltung Leipzig sich der Mühe unterzogen hat, die Agitation in den Kleinstädten zu betreiben. Für eine gesunde Weiterentwicklung hiebei Gilenburg die besten Aussichten. Ungefähr 40 Kollegen sind organisiert und ist die Zahl ständig im Zunehmen begriffen. Nedner empfahl, um eine bessere Agitation betreiben zu können, Herabsetzung des Eintrittsgeldes, Befreiung der Exramarken und Erhöhung des Wochenbeitrags auf 50 Pf.

Herrert- und Rebel-Marktstadt führen Klage über die unlaute Agitationsweise der Brauer, im übrigen schließen sie sich den Ausführungen des Vorredners an.

Borpa-Hil-Schleuditz schildert die große Minderwertigkeit der dortigen Transportarbeiter, die es verschuldet, daß die Organisation nicht über 30 Mitglieder hinauskommt.

Hebe-Liebertsdorf: In unserm Ort, der ja nur ein Dorf ist, geht es mit der Organisation vorwärts. Gegenwärtig sind 45 Kollegen organisiert und ist die Zeit nicht fern, wo unorganisierte Transportarbeiter in unserm Ort nicht mehr zu finden sind.

Dils-Wurzen: Die Organisation ist hier erst im Entstehen begriffen; 17 Kollegen sind organisiert, groß ist die Zahl der Unorganisierten. Geringe Entlohnung und schlechte Arbeitsverhältnisse verhindern ein langsames Vorwärtbringen der Organisation.

Nichter-Iwentau: Die wirtschaftliche Krise und die damit verbundene große Arbeitslosigkeit, sowie der hohe Krankenstand der Mitglieder verschuldet, daß die Ausgaben für Unterstützungsarbeiten durch die Einnahmen nicht gedeckt werden und infolgedessen die Ortsverwaltung Leipzig wiederholt Zuschüsse leisten mußte. Auch für die unorganisierten Berufsmitglieder ist die Krise ein Lehrmeister. Gegenwärtig sind 41 organisierte Kollegen am Orte, deren Zahl sich bei einer besseren Konjunktur sehr leicht um das Doppelte vermehren läßt.

Nachdem noch die Kollegen Kannegeßer und Nedner längere Ausführungen gemacht hatten, gelangte ein von Karbaum-Grinma gestellter Antrag, die Ortsverwaltung zu ersuchen, für die unliegenden Orte das Eintrittsgeld auf 1 Mt. festzusetzen, zur einstimmigen Annahme.

Hierauf referierte Kollege Nedner über: „Wie fördern wir den inneren Ausbau der Organisation und regeln unsere geschäftlichen Angelegenheiten?“

Der Nedner führte u. a. aus: Die inneren Einrichtungen einer Gewerkschaft müssen mit dem Wachstum gleichen Schritt halten, denn gerade sie sind es, welche den Expansions und das Gerippe des ganzen bilden. Der beste Agitator, der es meisterhaft versteht, das Evangelium der Organisation hinauszutragen, die indifferenten Masse zu sich heranzuziehen und somit die Zahl der Verbandsmitglieder erhöht, würde ein sehr schlechter Organisator sein, wenn er nicht gleichzeitig Einrichtungen schafft, die dazu angeht, die einmal gewonnenen Mitglieder dauernd zu erhalten.

Zwar gehört unter den heutigen Verhältnissen keine allzu große Routine dazu, einen indifferenten Kollegen für die Organisation zu gewinnen. Viel schwieriger gestalten sich die Dinge aber dann, wenn man versucht, ein früheres Mitglied, welches durch irgend welche Verhältnisse der Organisation verloren gegangen ist, von neuem dem Verband zuzuführen. Folglich müssen die Funktionäre alles aufbieten, die einmal gewonnenen Mitglieder dauernd an die Organisation zu fesseln. Wird ein Austritt dem Hauptfasser gemeldet, ist es demselben unmöglich, das Mitglied zu halten, so darf unter keinen Umständen die Einlasskarte dem Bureau übermittelt werden, sondern ehe dies geschieht, ist der örtliche Vertrauensmann verpflichtet, bei dem betreffenden Kollegen persönlich vorstellig zu werden und bei dieser Gelegenheit in klarer Weise auf die Schäden aufmerksam zu machen, die das fragliche Mitglied durch seinen Austritt selbst zuzieht. Dabei ist weiter zu beachten, daß die Frauen der Berufsangehörigen, die hier einheimisch sind, für die Organisation bilden, mit aufgeföhrt werden.

Zu einem gesunden inneren Verhältnis gehört vorzugsweise eine gewissenhafte, präzise und peinlich saubere Kassenerführung. Wünschliches Ausstragen des „Courier“ und Abholen der Verbandsbeiträge. Tritt

hier eine Bummelreise ein, so wird dem Verband ein unberechenbarer Schaden zugefügt, wo hingegen bei gewissenhaftem Arbeiten die Fluktuation auf ein Minimum beschränkt bleibt. Im Weiteren gibt Nedner praktische Beispiele über die Verwendung der Verbandsmaterialien. Dabei wurden vorhandene Karten, Listen, Bücher, Quittungsformulare u. erläutert und auch das Mahnverfahren, Tourenlisten, Kontrollsystem und Abrechnung einer kurzen Betrachtung unterzogen.

Nedner ersucht die Funktionäre, die übernommenen Verpflichtungen gewissenhaft auszuführen; geschieht dieses, so wird diese Tätigkeit der Organisation zum Nutzen gereichen.

Nach einer kurzen Diskussion wurden die Bestimmungen zur Regelung der geschäftlichen Angelegenheiten beraten und einstimmig aufgegeben.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung sprach Kollege Nedner, der auf die Bekanntmachung des Hauptvorstandes in Nr. 9 des „Courier“ verwies, dabei hervorhebend, daß die Ortsverwaltung mit der Frage der Delegiertenwahl sich bereits beschäftigt hat, und daß für diesmal von der Entsendung eines Delegierten aus den unliegenden Orten Abstand genommen wurde. Die Funktionäre wurden ersucht, alles aufzubieten, damit eine zahlreiche Beteiligung an der Delegiertenwahl, welche am Sonntag, den 18. April stattfindet, zu verzeichnen ist. Nach einer längeren Diskussion wurde noch zu dem Beschluß der Leipziger Mitglieder, die Saalbaufrage des Volkshauses betreffend, Stellung genommen und die Ortsverwaltung Leipzig ersucht, mit dieser Frage sich nochmals zu beschäftigen.

Nach einem kräftigen Schlusssatz des Kollegen Sägerlaub und einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Deutschen Transportarbeiter-Verband erreichte abends die Konferenz ihr Ende.

Oppeln: Am 9. März fand hier eine gut besuchte Mitglieder-Versammlung statt. Ein Deutscher Kollege hielt einen Vortrag über „Konjunktur und Wirtschaftskrise“. Referent zeigte den Anwesenden, wie in der Zeit des wirtschaftlichen Aufschwunges die Unternehmer die gute Lage ausnützen und sich ihre Taschen gehörig füllen und wie wenig Nutzen die Arbeiterklasse davon hat, um dann in der Zeit des wirtschaftlichen Niederganges desto mehr dem Glend zu verfallen. Dies zu verhindern, ist Aufgabe der gesamten Arbeiterklasse. Die Transportarbeiter sind die am meisten Leidtragenden. Alle diejenigen Arbeiter, die von den Unternehmern rückständig auf Straßenpflaster geworfen werden, suchen im Transportgewerbe Unterkunft zu finden. Es ist ganz selbstverständlich, daß dadurch die traurige Lage noch mehr verschlechtert wird. Nur eine framm Organisation kann hiergegen ankämpfen. Wenn es auch nicht möglich sein wird, alle Mißstände aus der Welt zu schaffen, können doch durch die Organisation in der günstigen Zeit Lohnbewegungen und Arbeitsverbesserungen erzwungen werden. Darum muß auch für unsere Kollegen die Lösung lauten: Einem in den Deutschen Transportarbeiter-Verband. Als Kandidat zur Münchener Generalversammlung wurde Kollege Trappe-Deuthen vorgeschlagen. Der dritte Punkt der Tagesordnung war: Wahl der Kartelldelegierten. Unsere Zahlstelle, die nunmehr immerlich gestiftet ist, hat sich ebenfalls dem Kartell angegeschlossen. Nach einer kurzen Erläuterung über Zweck und Ziele des Kartells wurden die Kollegen Fritz Wiethe und Joh. Spillit als Delegierte gewählt. Im übrigen macht unser Verband die größte Fortschritte. Die Ortsverwaltung hat ihre Pflicht getan und wird sie auch weiter tun. Die Kollegen werden sie dabei unterstützen.

Allerdings fängt man auch Heroris an, unseren Verband mit kleinlichen Nadelstichen zu bekämpfen. Einem unserer Kollegen, der schon ziemlich lange in ein und derselben Wohnung haust, wurde plötzlich wegen Zugehörigkeit zum Verbannde von seinem Wirt (Czech mit Namen) die Wohnung gekündigt. Hoffentlich ist unser Kollege nicht in Ohnmacht gefallen und nimmt sich die Sache nicht zu sehr zu Herzen. Auf solche Nadelstiche kennen wir nur die eine Antwort: Alle Kollegen zu organisieren bis auf den letzten Mann.

Wosen: Am 7. März fand die Generalversammlung unserer Zahlstelle statt, in welcher der Kassierer den Geschäfts- und Kasserbericht pro 1908 erstattete. Derselbe gestaltete sich wie folgt:

Einnahmen:	
Kassenbestand am 1. Januar 1908	—,— Mt.
55 Ausnahmen à 1 Mt.	55,— „
81 Wochenbeiträge à 40 Pf.	32,40 „
4165 Wochenbeiträge à 30 Pf.	1249,50 „
307 Beiträge zum Ort. Fond à 25 Pf.	76,75 „
237 Beiträge zum Streifend. à 30 Pf.	71,10 „
Zuschuß aus der Hauptkass.	117,01 „
Sonstige Einnahmen	—38,— „
Summa	1602,14 Mt.

Ausgaben:	
Verwaltungsausgaben:	
a) Persönliche (Gehalt, Entschädigung, Projekte u.)	98,93 Mt.
b) Sachliche (Materialien, Miete)	227,50 „
Versammlungs-Annoncen, Referate, Druckkosten	73,65 „
Bibliothekbücher und Zeitschriften	16,— „
Kartellbeiträge	48,40 „
Briefe, Telegramme	35,21 „
Sonstige Ausgaben	38,20 „
An die Hauptkass. gelandt	1064,25 „
Summa	1602,14 Mt.

Bilanz:	
Einnahme	1602,14 Mt.
Ausgabe	1602,14 „
Bestand am 1. 1. 1909	—,— Mt.

An Unterstützung aus der Hauptkass. pro 1908:	
Krankenunterstützung	82,50 Mt.
Arbeitslosenunterstützung	237,50 „
Rechtschutz	14,95 „
Verordnungsbeihilfe	36,— „
Summa	370,95 Mt.

Mitgliederbewegung:	
Bestand im vierten Quartal 1907	111
Im Laufe des Jahres 1908 aufgenommen	55
Zugewert resp. übergetreten	4
Summa	170

Im Laufe des Jahres 1908 ausgeschieden, abgereist u. Bestand am 1. Januar 1909 vom 106 Mitgliedern.

Es wurden im Jahre 1908 abgehalten: 34 Versammlungen, 39 Sitzungen und Besprechungen, Rechtsauskunft wurde in 51 Fällen erteilt, dabei 37 Schriftstücke angefertigt. Der Postverkehr gestaltete sich wie folgt: Eingänge: Briefe und Karten 130, Drucksachen 19, Pakete 205, Ausgänge: Briefe und Karten 365, Drucksachen 159, Pakete 9. Im Verbandsbureau wurden zirka 6000 Handzettel, Flugblätter u. angefertigt.

Nachdem noch einige Anfragen über den Kassenerst. Geschäftsbericht beantwortet waren, wurde dem Kassierer und Vorstand. Decharge erteilt.

Es wurde hierbei gerügt, daß die Mitarbeit der Kollegen gar so gering ist, selbst die Vertrauensleute hatten es nicht für nötig, zu den speziell für sie bestimmten Sitzungen zu erscheinen.

Es ist ja eine wahre Schande, daß von zirka 2000 für Wosen in Betracht kommenden Transportarbeitern nur 106 organisiert sind. Hier ist es die höchste Zeit, daß die Kollegen scharf eingreifen und mitagieren, vor allen Dingen ist es notwendig, mit den persönlichen Kanzereten u. aufzuhören und statt dessen lieber für den Verband zu wirken.

Für die Kandidatenliste zur Delegiertenwahl zur 6. Generalversammlung in München wurde einstimmig Kollege Studzicz aufgestellt.

Als Kartelldelegierte für 1909 wurden die Kollegen Franz Nowak und Roman Przychybski gewählt.

Unter Vorsitzenes fand eine ziemlich lebhaft Diskussion über diverse Punkte statt und ist es erfreulich, daß sich die Diskussion in letzter Zeit immer lebhafter gestaltet, ein Beweis, daß die Kollegen Interesse gewinnen.

Hoffen wir, daß das Jahr 1909 uns bessere Erfolge bringt, daran mitzuarbeiten, ist Pflicht eines jeden Kollegen.

Weisensee bei Berlin. Eine Versammlung tagte am Sonntag den 28. Februar in unserer Orts. Ein Kollege aus Berlin hatte es übernommen, einen Vortrag über das Thema: „Die Eringung der ökonomischen Macht durch die Arbeiterklasse“ zu halten. Der Referent schilderte in ausführlicher und verständlicher Weise, wie der Wert der Warenproduktion sich von der Handwerkermäßigen zur kapitalistischen entwickelte und wie durch Erwerb von Reichum die wirtschaftliche Macht sich in Händen von wenigen, die sich die Klasse der Besitzenden nennt, konzentriert hat. Diese kleine Zahl der Besitzenden hat es im Laufe der Zeit verstanden, die Machtmittel des Staates an sich zu reißen und die Regierung für ihre Zwecke geftig zu machen. Sie hat ferner die Machtmittel des Staates dazu gebraucht, um andere Klassen und vor allem die Arbeiterklasse in ihrem Bestreben nach Verbesserung ihrer Lebenslage niederzubalten. So wie früher auf dem Lande die Feudalherren sich Gesetze geschaffen hatten, die die Freizügigkeit der Landarbeiter verbot, so waren es auch bei der Entwicklung der Industrie die Industrieherrn, die den Staat und die Gesetzgebung bestürmten, Gesetze zu erlassen, die die Koalition der Arbeiter verbot. Als ein Schandstück in der Niederhaltung der Arbeiterklasse ist der Artikel 82 der Gewerbeordnung von ehemals zu betrachten, vom 14. Juli 1845. Bis zum Jahre 1868 hat die Arbeiterklasse unter den Marterungen dieses Artikels zu leiden gehabt. Aber auch später nach Beheftung der Koalitionsverbote hat man von der Unterdrückung der Arbeiter nicht Abstand genommen. Erinnere sei nur an das Sozialistengesetz, unter welchem die Arbeiterklasse von neuem vom Jahre 1878 bis 1890 zu bulden gehabt hat. Und auch heute können wir noch nicht behaupten, daß wir nach dieser Richtung eine Freiheit genießen. Alle Augenblicke wird versucht, die bestehenden Freiheiten zu beschneiden und ganz besonders sind es die bürgerlichen Parteien in den Parlamenten, denen es bringen will, die Arbeiterklasse in das frühere隷従verhältnis wieder zurückzuwerfen. Der heutige Staat, sowie die verschiedenen Parteien der bürgerlichen Gesellschaft sind demartig reaktionär und von rückständigem Charakter, so daß es für den nüchternen Beurteiler klar ist, daß kurz über lang mit Ausnahmegeetzen gegen die Arbeiterklasse wieder vorgegangen wird. Es läßt sich dies bereits deutlich an der Verschlechterung des Krankentassen-Versicherungsgesetzes betreffend die Selbstverwaltung erkennen. Daher sei die Frage aufzuwerfen: will die Arbeiterklasse eine Katastrophe, die eine Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Lage unbedingt in sich birgt, abschlagen, so bleibt nichts anderes übrig, als daß man beizeiten der großen Masse zuruft: Kollegen, ganz gleich, welchem Beruf ihr angehört, setzt euch zur Wehre. Schließt euch zusammen in großen wirtschaftlichen und politischen Organisationen, dann werdet ihr in der Lage sein, jeden geplanten Angriff der hinterlistigen Reaktion auf eure Rechte abzuwehren zu können. Große leitungs-fähige Organisationen sind gleichzeitig eine Mahnung an Staat und Gesellschaft, ihren reaktionären Machtmitteln nicht allzusehr die Zügel schießen zu lassen. Die Diskussion bewegte sich im Sinne des Referats.

Zum Schluß möchte noch bemerkt werden, daß auch ein Teil der Kollegen in Weisensee sich noch in

einer Teilnahmelosigkeit befindet, die in den gegenwärtigen ersten Zeitverhältnissen unangebracht ist. Unser dringender Wunsch geht an euch, ihr Säuntigen, vergeßt nicht, eure Pflicht zu tun. Nicht dem einzelnen soll der schwere Tageskampf überlassen werden, sondern gemeinschaftlich und mit vereinten Kräften haben wir ihn zu führen.

Worms. In der am 6. März stattgefundenen Mitgliederversammlung, welche sehr gut besucht war, sprach ein Kollege über die „Notwendigkeit der Organisation“. Redner behandelte in seinem 1 1/2 stündigen Referat die Entstehung der Künste im Mittelalter, streifte den ganzen Vorgang bis in die heutige Zeit, die Zusammenschlüsse der Organisationen zu Zentralverbänden. Seine lehrreichen Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen, und der Vorsitzende ermahnte die Kollegen mitzuarbeiten, nicht zu ruhen und rasten, bis der letzte Transportarbeiter in unseren Reihen ist und mit uns streitet für unsere gerechte Sache. Dann wurden einige Vorträge zur Generalversammlung gestellt. Als Kandidat wurde einstimmig Kollege Frey bestimmt. Kollegen, der Winter ist vorbei, nun gilt es, die Scharte auszuweihen, welche wir durch die Krise erlitten haben. Das kann nur geschehen, wenn jeder Kollege mitarbeitet. Ferner soll sich auch jeder Kollege zur Pflicht machen, die Versammlungen immer pünktlich zu besuchen.

Allgemeines.

Ein Angestellter der Scharfmacher hat kürzlich über das Koalitionsrecht seine Meinung geäußert. In Frankfurt a. M. tagte bekanntlich die Generalversammlung der Werkschlosser Sozialreformer. Es handelte sich dabei speziell um die Forderungen des sogenannten Mittelstandes, der industriellen Angestellten.

Es ist nicht ohne Interesse, zu sehen, wie die Hände dieser geistlichen Arbeiter durch die Not allmählich auf die Linie des Klassenkampfes gedrängt werden, die ihnen die Arbeiterbewegung längst nahegelegt. Speziell der Bund der technisch-industriellen Beamten nimmt mit großem Geschick die taktische und sachliche Führung in dieser Bewegung, und der erste seiner Redner rechnete gestern recht gründlich mit den Scharfmachern speziell im bayerischen Metallgewerbe sowie in der oberschlesischen Montanindustrie ab. Graf Wladimir, neben dem wir als Zuhörer zufällig saßen, hatte seine helle Freude an den treffenden Ausführungen des Organisationsführers, der technisch-industriellen Beamten und gab dieser Freude ganz unverhohlen Ausdruck. Darauf erschien der Syndikus der Hugsburg-Münchener Industriezone auf der Bühne und hielt eine ganz abgefeimte Fuchsprädigt zum Koalitionsrechte, dessen geschickter Gebrauch und dessen Verteidigung durch die Angestelltenverbände die Herren Scharfmacher offenbar etwas verwirrt und verblüfft. Anscheinend machte der Herr gute Miene zum bösen Spiel und mahnte in der Maske des wohlwollenden Wiedermannes:

Das Koalitionsrecht sollten wir alle als ein „Blümlein rühr' mich nicht an“ betrachten; denn in Kreisen des Reichstages und der Regierung besteht die Neigung, das Koalitionsrecht nach beiden Seiten zu beschneiden, nicht nur nach der Arbeitgeber-, sondern auch nach der Arbeitnehmerseite. Deshalb sollte man lieber alles lassen, wie es ist. Rufen Sie auch nicht nach dem Staatsanwalt! Denn wenn Sie den Staatsanwalt in die Organisationen der Unternehmer schicken, dann wird er gerechterweise auch in die Organisationen der Arbeitnehmer kommen. Was wir alle brauchen — alle Organisationen — das ist Ellenbogenfreiheit. Haben wir die, so werden wir immer wieder dahin kommen, daß wir uns schließlich die Hand reichen und in Frieden auskommen.

Die Antwort der Angestelltenführer hat die Friedensmahnungen des Kapitalistenkreises richtig eingeschätzt. Ein Fuchs, der Waffensstillstand predigt, um Gänfen, falls ihm solche in den Weg laufen, den Hals noch gründlicher umzudrehen, als es bisher schon in Augsburg und Kattowitz versucht worden ist! Was uns aber noch mehr interessiert, sind die hübschen Pläne gegen das Koalitionsrecht, die der Mann „aus den Kreisen des Reichstages und der Regierung“ ausplauderte. Was geht da vor und wer hat Herrn Dr. König ermächtigt, von jenen Bescheidungsabsichten zu sprechen? Stehen diese Ankündigungen etwa mit dem schon längst vermuteten Scharfmacherprojekt in Verbindung, auf dem Umwege über die Arbeitskammern die freien Organisationen in der Ausübung ihres Streikrechts „gefehllich“ zu hindern? Unsere Genossen in der Arbeitskammerkommission des Reichstages sollten nicht versäumen, dort die nächste Gelegenheit zu benutzen, um den von Dr. König auch persönlich benannten Staatssekretär für die verblödete Sozialpolitik, Herrn v. Bethmann-Hollweg, über die Regierungsabsichten zu interpellieren. Unsere Gewerkschaften aber haben die Augen offen zu halten, weil da offenbar im Stillen etwas zusammengearbeitet werden soll, was sie einst sehr unangenehm überfallen könnte.

Heidelberg. Aus dem Jahresbericht der hiesigen Verwaltungsstelle für das Jahr 1908 entnehmen wir, daß dieselbe im abgelaufenen Jahr, mit wenigen Ausnahmen, gegenüber den Vorjahren ebenso erfolgreich gearbeitet hat. Die Mitgliederzahl betrug Ende 1907 102, inklusive 5 weibliche, und stieg bis auf 162. Wie überall, so machte sich auch hier die schlechte Geschäftslage bemerkbar, wodurch sich eine größere Fluktuation unter den Verbandsmitgliedern einstellte und eine Abnahme von 32 Kollegen im Gefolge hatte. Mit eingerechnet sind hier die Fuhrleute der Güterbesteller Heint und Niederhoffer, welche aus Furcht vor angebrohrter Arbeitsentlassung dem Ver-

bande den Rücken kehrten. Bemerkenswert sei hier noch, daß, um das Personal der Firma Heint und Niederhoffer vor dem angeblich sozialdemokratischen Transportarbeiter-Verband zu schützen, zur selben Zeit eine Betriebskrankenkasse gebildet wurde und die Arbeiter durch Unterschrift eines Reverses sich zum Beitritt verpflichteten mußten.

Einen nennenswerten Erfolg hatte der Verband zu verzeichnen durch den Anschluß der „Freien Vereinigung Heidelberger Straßen- und Bergbahner“. Wegen dieses Anschlusses verbrach seinerzeit die „Südwestdeutsche Arbeiterzeitung“ vom Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe giftgeschwollene Artikel, die auch in sämtliche bürgerlichen Zeitungen Heidelbergs übergingen. Der verantwortliche Redakteur dieses Blattes, Herr Adolf Wolff, Leutnant a. D., vertieg sich sogar zu der frivolsten Behauptung, die Straßenbahner hätten sich mit dem Anschluß an den Deutschen Transportarbeiter-Verband außerhalb der „Bürgerchaft“ gestellt.

Lohnbewegungen konnten infolge des schlechten Geschäftszustandes leider nicht durchgeführt werden, trotzdem solche bei verschiedenen Gruppen von Mitgliedern äußerst notwendig erschienen. Eine schon im Jahre 1907 eingeleitete Lohnbewegung bei den Glasreinigern wurde zu Gunsten derselben erledigt. Die Agitation unter den Zeitungsträgern war teilweise von Erfolg begleitet. Die größten Schwierigkeiten in der Agitation zur Gewinnung der Zeitungsträgerinnen wurden vom Verlag des „Heidelb. Tageblatt“ gemacht. Wie uns von glaubhafter Seite berichtet wurde, soll der Verleger des Blattes derjenigen Trägerin, die ihm über die Verbandszugehörigkeit der Trägerinnen Mitteilung macht, eine Belohnung in Aussicht gestellt haben. Das wäre denn doch etwas stark.

Versammlungen fanden 16 statt, darunter 2 öffentliche und 4 Vorträge. Der Brief- und Paketverkehr war ein sehr reger. Der Massenbericht weist gegenüber dem Vorjahre erhebliche Mehrausgaben in den verschiedenen Unterhaltungsarten auf. Die Gesamteinnahmen pro 1908 belaufen sich auf 1975,24 M. An Krankenunterstützung wurden ausbezahlt 170 M., Arbeitslosenunterstützung 381 M., Notfallunterstützungen 46,50 M., für Rechtschutz 88,86 M.

In der am 26. Januar getagten Generalversammlung wurde der Bericht des Vorstandes einstimmig gutgeheißen. Die Ortsverwaltung für das Jahr 1909 wurde wie folgt gewählt: Erster Bevollmächtigter Ad. Schubach, zweiter Joh. Dreht, Schriftführer Jakob Bauer, als Revisoren die Kollegen Horst, Klaus und Frau Horn.

Kollegen und Kolleginnen! Noch haben wir eine große Strecke Weges zurückzulegen, bis wir uns unabhängige Existenzverhältnisse errungen haben. Sehen wir deshalb unsere ganze Kraft ein, um das vorgesetzte Ziel, die Befreiung des Proletariats aus den nimmerlatten Klauen des Kapitalismus zu erreichen.

Eine Anerkennung der Leistungsfähigkeit und Mühseligkeit des „Deutschen Transportarbeiter-Verbandes“ leistet sich die „Südwestdeutsche Arbeiterzeitung“ für das Transport-, Handels- und Verkehrsgewerbe in ihrer Nr. 18 vom 1. März d. J. Das Blatt schreibt aus Worms und Frankenthal:

„Es ist ganz unerklärlich, daß in diesen beiden Orten der Südwestdeutsche Arbeitgeber-Verband bisher nicht Fuß fassen konnte. In Worms kann höchstens von einem Beginn der Organisation die Rede sein, in Frankenthal zählt der Südwestdeutsche Arbeitgeber-Verband überhaupt noch kein Mitglied. Wir finden diese Lässigkeit der Unternehmer umso ärgerlicher, als der Deutsche Transportarbeiter-Verband gerade in diesen beiden Städten äußerst rüh- rig ist und auf schöne Erfolge hinweisen kann.“

In dem Artikel wird dann geschildert, wie sich an den genannten Orten die Organisation der Transportarbeiter im Gegensatz zur Organisation der Unternehmer entwickelte, was dazu führen mußte, daß die Arbeiter ebenso wie in Gießen mit Lohnbewegungen und Streiks gegen die Unternehmer vorgehen werden. Zum Schluß heißt es dann:

„Mögen sich die Arbeitgeber in Worms und Frankenthal dieses Giechener Beispiel zur Warnung dienen lassen. In der Lohnbewegungsfrage heißt es vorbedacht — nicht nachgetan. Stehen den Arbeitgebern die Streikposten vor der Tür und sie sind nicht organisiert, sind sie hilflos den Forderungen der Arbeiter ausgesetzt. Wir haben es an Warnung nicht fehlen lassen und fordern die Arbeitgeber beider Städte nochmals hiermit auf, sich uns anzuschließen; tun sie das nicht, wird sicher an ihnen das Sprichwort wahr werden: Wer nicht hören will, muß fühlen!“

Kollegen und Kolleginnen im Transportgewerbe! Merkt es euch: Wer nicht hören will, muß fühlen! Wer sich nicht organisiert, hat den Schaden zu tragen. Der Südwestdeutsche Arbeitgeberverband im Transportgewerbe gibt sich die größtmögliche Mühe, um die Arbeitgeber zu organisieren.

Noch nicht einmal 1 M. dürfen die Arbeiter fordern, noch viel weniger andere krasse Mißstände zu beseitigen trachten, deren es hier in Heidelberg noch gerade genug hat. Am Schlußdollar sollen die Arbeiter schuftet; Fuhrleute und Stallknechte werden oft gequält, menschenwürdige Wohnungen zu beziehen. Können die Arbeiter infolge ihrer schlechten Löhne, deren Niederhaltung Hauptaufgabe der Arbeitgeber ist — ihre Steuern und Umlagen nicht bezahlen, dann schreiben die Scharfmacher der Arbeitgeber, zu denen ja auch die Herren Krager, Heint Wolff und Konsorten gehören: ja, die bezahlen keine Umlagen, was brauchen die eine Verirrerung auf den Rathhäusern!

Um Hungerlöhne schuftet; seine Knochen und seine Gesundheit vom nimmerlatten Prokurentium ankermeln zu lassen, dafür soll der Arbeiter gut gemig sein!

verlangt er aber ein Recht, dann soll ihm die Peitsche werden. Transportarbeiter! Agitiert und organisiert, hinein in den Verband, wer noch außen steht. Wer nicht hören will, muß fühlen!“

Literarisches.

Von der Sammlung kommunalpolitischer Abhandlungen, die unter dem Titel „Sozialdemokratische Gemeindepolitik“ im Verlag der Buchhandlung „Vorwärts“ erscheinen, liegt als neuestes Heft, eine Arbeit des Genossen Dr. Babek über die Trinkwasserversorgung vor. Das Heft bildet den ersten, in sich abgeschlossenen Teil einer Abhandlung über die Hygiene der Städte, deren zweiter Teil sich mit der Stadtreinigung befaßt wird. Nach einem geschichtlichen Überblick über die verschiedenen Epochen der kommunalen Trinkwasserversorgung vom Altertum bis in die Neuzeit führt uns der Verfasser in das Gebiet der Wasseruntersuchung, um sodann in einem weiteren Kapitel die Anforderungen auseinanderzusetzen, die an ein gutes Trinkwasser zu stellen sind. Nicht weniger lehrreich sind die Kapitel über Wasserentnahme und Wasserreinigung sowie über die Trinkwasserversorgung im Deutschen Reich. Die Grundsätze, die für den Wasserverbrauch und Wasserpreis maßgebend sein sollten, schildert der letzte Abschnitt der Schrift. Eine der beigefügten Anlagen enthält eine Anleitung für die Einrichtung, den Betrieb und die Überwachung öffentlicher Wasserbereitungsanlagen, welche nicht ausschließlich technischen Zwecken dienen, eine weitere Anlage enthält Grundzüge für die Reinigung von Oberflächenwasser durch Sandfiltration. Trotz des schwierigen Stoffes ist die Schreibweise gemeinverständlich. Wir können das Heft unseren Genossen, vor allem den Gemeindevertretern, auf das angelegentlichste empfehlen.

„In Freien Stunden“. Heft 9 und 10 sind erschienen. Sie bringen die Fortsetzung von „Kritikworth“, dem spannenden Roman von Walter Scott, sowie die Fortsetzung der realistischen Skizze Heijermans „Ermette“.

Jede Woche erscheint ein Heft zum Preise von 10 Pf. Alle Kolporteurs und Parteibuchhändler liefern diese im Verlage der Buchhandlung „Vorwärts“, Berlin SW. 68, erscheinende Romanbibliothek.

„Kommunale Praxis“. Heft 9 und 10 sind erschienen. Der außerordentlich reiche Inhalt macht es jedem, der sich für Kommunalpolitik interessiert, zur Pflicht, diese Zeitschrift zu abonnieren.

Am 1. April beginnt ein neues Abonnement. Der Preis ist pro Quartal 3 M. Alle Buchhandlungen und Postanstalten nehmen Bestellungen entgegen. Probestummern vom Verlage der Buchhandlung „Vorwärts“, Berlin SW. 68.

Mitteilungen des Vorstandes.

Mit der diesmaligen Nummer des „Courier“ gelangen nachstehend verzeichnete Formulare zur Verwendung:

Abrrechnungsformulare für die Ortsverwaltungen;

Fragebogen betreffs ab- und zureisender Mitglieder;

Fragebogen für Arbeitsnachweise an diejenigen Ortsverwaltungen, welche Arbeitsnachweise haben;

Karten vom Kaiserl. Statistischen Amt;

Fragebogen zwecks Feststellung des Adressenverzeichnisses der Verbandsfunktionäre.

Wir ersuchen dringend um gewissenhafte Ausfüllung und rechtzeitige Zusendung dieser Formulare an den Unterzeichneten.

Die Karte des Kaiserl. Statistischen Amtes muß bis zum 4. April, der Fragebogen betreffend das Adressenverzeichnis bis zum 6. April d. J. zur Ab- sendung gelangen.

Die Versendung des Fragebogens über die Tätigkeit der Ortsverwaltungen für das 1. Quartal 1909 geschieht mit der nächsten Nr. des „Courier“.

Verloren gegangen sind die Mitgliedsbücher nachstehend verzeichneter Kollegen: Marquard Adam, Spt.-Nr. 287 011, der Verwaltungsstelle Darmstadt, eingetreten daselbst am 28. September 1907 und Rögger, Heinrich, Spt.-Nr. 348 409, der Verwaltungsstelle Lüneburg, eingetreten daselbst am 27. August 1907.

Falls diese Bücher vorgezeigt werden, sind sie abzunehmen und an die Adresse des Unterzeichneten einzusenden.

Mit kollegialem Gruß
Der Vorstand.

S. A.: Oswald Schumann, Berlin SO. 16,
Engel-Ufer 21, Hof 1 Tr.

Bekanntmachung.

Halle a. S. Der Arbeitsnachweis für das Handels- und Transportgewerbe befindet sich **Wars 42/43, Hof 11, Zimmer 14, Telefon 3166.** Für den Verkehr an Wochentagen geöffnet vormittags von 11—1 Uhr, nachmittags von 5—7 Uhr. Die Mitglieder werden ersucht, jede freierwerbende Stelle sofort zu melden.

Die Ortsverwaltung Halle a. S. Der Arbeitsnachweis der Arbeitgeber, Al. Klaus-straße 16, ist zu melden.

Verantwortl. Redakteur: Emil Medel, Lichtenberg. Verlag der Buchhdlg. „Courier“, D. Schumann-Berlin. Druck: Maurer u. Dimmig, Berlin, Abalbertstr. 37.